



**EAA** **ENERGIE  
INSIDE**

**WISSEN & INFORMATION JUNI | 2017**

# EMPOWERING AUSTRIA

## QUO VADIS BRÜSSEL?



### **Energie-Union Wohin geht die Reise?**

Das Winterpaket soll die Klima- und Energiepolitik der EU bis 2030 regeln

### **Saubere Energie aus Österreich**

Die Stromproduktion aus Erneuerbaren kann bis 2030 um 15 Prozent erhöht werden

### **Österreichs Strom- autobahnen im Griff**

Versorgungssicherheit ist Voraussetzung für funktionierenden Wettbewerb



#### **SPEICHER:**

Neue Technologien zur Speicherung der überschüssigen Energie aus Wind- und Solaranlagen sind der Schlüssel einer erfolgreichen Energiewende.



#### **DEZENTRALITÄT:**

Konsumenten werden zunehmend zu Erzeugern. Sogenannte „Prosumer“ speisen die selbst produzierte Energie ins öffentliche Netz ein.



#### **SMARTE ENERGIE:**

Smart Grids (intelligente Stromnetze), Smart Meter (digitale Stromzähler), Smart Buildings (energieeffiziente, nachhaltige Architektur) sind die Voraussetzung neuer gesellschaftlicher Entwicklungen.

# **DIE 7 MEGATRENDS DER ENERGIEWIRTSCHAFT**



#### **VOLATILE MÄRKTE:**

Das Stromangebot am Markt wechselt stark, da es vom Wetter abhängig ist. An windigen und sonnenreichen Tagen wird deutlich mehr Energie erzeugt als an windstillen Wintertagen.



#### **SEKTORKOPPLUNG:**

Der Schlüssel zur Energiewende und zum Erreichen der Klimaschutzziele ist das enge Verzahnen von Strom, Wärme und Mobilität. Sektorkopplung bezeichnet die Strategie, mit der die bisher entkoppelten Sektoren zukünftig zusammen gemixt werden.



#### **ENERGIEDIENSTLEISTUNGEN:**

Beratung, insbesondere zur Erhöhung der Energieeffizienz, wird zunehmend wichtiger.



#### **ELEKTROMOBILITÄT:**

Elektrofahrzeuge dienen künftig nicht mehr nur der Mobilität, sondern werden verstärkt als Energiespeicher eingesetzt.



Vor dem österreichischen Parlament

## Zum Geleit

Mit dem sogenannten „Winterpaket“ hat die Europäische Union im November 2016 vier Verordnungs- und vier Richtlinienvorschläge vorgelegt, mit denen die Energie-Union vervollständigt und die Klima- und Energiepolitik der EU bis 2030 sowie auch der Pariser Klimavertrag umgesetzt werden sollen. Unter dem Titel „Das Hoffnungspaket“ werden in der aktuellen Ausgabe von EAA-Energie Inside, dem Unternehmensmagazin der EAA-EnergieAllianz Austria, die Auswirkungen auf Österreich und die EU genau unter die Lupe genommen. Ein weiterer Schwerpunkt analysiert das Verhältnis zu unserem Nachbarland Deutschland. Obwohl der gemeinsame Strommarkt erhalten bleibt, wird ab Oktober 2018 ein künstlicher Stromengpass an der Grenze zwischen den beiden Ländern eingeführt. Wir beleuchten die Folgen auf den intensiven Stromhandel zwischen Österreich und Deutschland. Dazu und zu anderen wichtigen Energiethemen hat das Team von EAA-Energie Inside dem deutschen Bundesministerium für Wirtschaft und Energie Fragen gestellt. Die Antworten des Ministeriums können Sie im Artikel „Wohin bewegt Deutschland die Energie-Union?“ nachlesen.

### Wettbewerb um jeden Preis

Unter dem Titel „Firmenpleiten mit Ansage!“ werden fragwürdige Geschäftspraktiken, die neue Energieanbieter immer öfter in wirtschaftliche Schwierigkeiten bringen, aufgezeigt. Allein in Deutschland warten nach Firmenpleiten bis heute mehr als eine Million ehemaliger Kunden auf Entschädigung. Die Anzahl der Gasanbieter in Österreich, die aus Deutschland kommen, wächst. Sie lagern in Österreich kaum oder gar kein Gas ein, dafür aber in deutschen Speichern. Wir haben bei namhaften Experten nachgefragt, ob diese Tatsache in Extremsituationen für Kunden zum Problem werden kann.

Wir bieten Ihnen in dieser Ausgabe auch wieder Einblick in die Welt unserer Kunden: Seit Jahresbeginn wird die Rohöl-Aufsuchungs AG (RAG) als größter Erdgasspeicherbetreiber Österreichs von der EAA kompetent, verlässlich und mit viel Engagement zu günstigen Preisen mit Energie versorgt.

Wir wünschen Ihnen mit der aktuellen EAA-Energie Inside eine spannende Lektüre – auf den Punkt gebracht von Ihrem EAA-Team.

### Ihr EAA-Team

Die EAA-EnergieAllianz Austria legt großen Wert auf Gleichbehandlung. Der Text des Magazins folgt ausschließlich dem Ziel, Information in gut lesbarer Form zu vermitteln. Aus diesem Grund haben wir bewusst auf geschlechtsspezifische Formulierungen verzichtet und entweder die maskuline oder feminine Bezeichnung gewählt. Im gesamten Magazin sprechen wir Frauen und Männer völlig gleichwertig an.

**Impressum:** Unternehmensmagazin der EAA-EnergieAllianz Austria **Medieninhaber, Verleger, Herausgeber und Eigentümer:** EnergieAllianz Austria GmbH, Wienerbergstraße 11, A-1100 Wien, Tel.: +43 1 904 10-0, E-Mail: office@energieallianz.at **Geschäftsführung:** Mag. Markus Felder, MSc; Mag. Jörg Sollfelner; Ing. Mag. Christian Wojta, MBA **Presse & Kommunikation:** Mag. Peter Koller **Grafik:** Beatrice Bogner, OFFBEAT Graphik & Design **Redaktion:** Foggensteiner Public Relations GmbH **Coverfoto:** Ian Ehm **Druck:** Druckerei Lischkar **Grundlegende Richtung:** Unternehmensmagazin mit Energieschwerpunkt **Offenlegung der Eigentumsverhältnisse nach dem Mediengesetz:** EAA-EnergieAllianz Austria GmbH

# INHALT

- 04 **kurz und bündig**
- 07 **EAA: Mit Energie handeln**
- 09 **Energie-Union  
Wohin geht die Reise?**
- 10 **Das Hoffnungspaket**
- 14 **Wohin bewegt Deutschland  
die Energie-Union?**
- 16 **Strompreiszonen-Kompromiss:  
Weiterhin gemeinsamer  
Strommarkt mit Deutschland**
- 19 **Saubere Energie  
aus Österreich**
- 20 **Reform des Ökostromgesetzes:  
Fördersystem ad finitum?**
- 22 **Österreich ist Vorreiter bei der  
Stromkennzeichnung**
- 24 **Österreichs  
Stromautobahnen im Griff**
- 26 **Firmenpleiten mit Ansage!  
Marktentwicklung zum  
Nachteil der Kunden?**
- 30 **Unser Kunde RAG:  
Gasspeicher mit Stromhunger**
- 32 **Das Spiel mit der  
Versorgersicherheit**
- 34 **EAA-Veranstaltungen**

# kurz und bündig

## **EAA-EnergieAllianz Austria mit Ergebniszuwachs im Geschäftsjahr 2015/16**

Die konnte im Jahr nach der Fusion mit dem Energiegroßhändler eßt sowohl den Umsatz als auch das operative Geschäftsergebnis deutlich steigern. Der konsolidierte Konzernumsatz der EAA als Teilkonzern innerhalb der EAA-Gruppe setzt sich zusammen aus dem Gesamtumsatz von Handel und Großkundenvertrieb der EAA sowie dem Umsatz von switch und Naturkraft und erreichte 1.521 Millionen Euro. Das konsolidierte operative Ergebnis (EBIT) stieg auf 9,433 Millionen Euro. Das Geschäftsjahr 2015/16 zählt zu den besten in der EAA-Geschichte.

## **EAA mit Neukunden Gebauer & Griller**

Die EAA wird in den Jahren 2018 und 2019 neuer Stromlieferant des weltweit tätigen Industrieunternehmens Gebauer & Griller. Das Unternehmen beschäftigt ca. 3.400 Mitarbeiter, die an 13 Standorten weltweit tätig sind. Der jährliche Strombedarf für die Werke in Österreich beträgt 48 Millionen Kilowattstunden (kWh). Seit mehr als 75 Jahren gehört das Familienunternehmen mit Firmensitz in Wien zu den führenden Produzenten von Kabeln, Leitungen und Drähten. Vor allem in der Automobilindustrie steht der Name Gebauer & Griller für erfolgreiche und innovative Produktentwicklung im Bereich Kabel, Leitungen und Batteriekabelsätze.



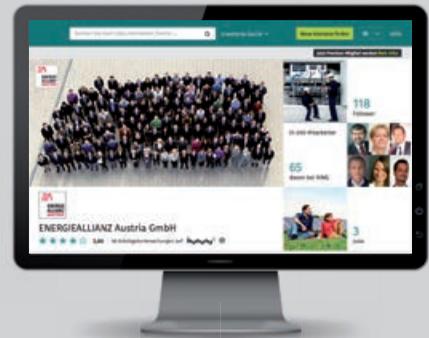
Mitarbeiter der Firma Gebauer & Griller

## **Energieeffizienzgesetz: „Die Richtung stimmt“**

Österreich sei auf einem guten Weg, die Vorgaben der Energieeffizienz-Richtlinie der EU zu erfüllen, hieß es am 10. März in einer Pressesaussendung des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft. Von den heimischen Unternehmen kamen im Vorjahr 9.668 Meldungen von Energiesparmaßnahmen. Durch die gemeldeten Effizienzmaßnahmen wurden schätzungsweise 7,21 Petajoule, also gut zwei Millionen Megawattstunden (MWh), Energie gespart.

## **EAA forciert digitale Kommunikation**

Die Online-Präsenz der EAA hat sich in den letzten Jahren zufriedenstellend entwickelt. Jährliche Steigerungsraten der Zugriffszahlen von mehr als 15 Prozent, aber auch das Besucherverhalten, wie Besuchsdauer und -tiefe, sprechen für Qualität des Auftritts und Akzeptanz der User. Für Ihre Treue zu unseren digitalen Kommunikationskanälen wollen wir uns bedanken. Um am Puls der Zeit zu bleiben, wird die gesamte digitale Kommunikation der EAA auf neue Beine gestellt: vom Online-Auftritt über unsere Kunden- und ServiceneWSletter bis hin zur Präsenz der EAA in den sozialen Medien. Besuchen Sie die EAA auf den Unternehmensseiten von LinkedIn und XING. Dort informieren wir Sie regelmäßig über aktuelle Themen der Energiewirtschaft, über Produkte, Veranstaltungen und Preisentwicklungen.



## **15 Prozent mehr Strom aus erneuerbarer Energie**

Österreich könnte bis zum Jahr 2030 die Stromproduktion aus erneuerbaren Energieträgern um rund 15 Prozent erhöhen, erklärten Vertreter der Energiewirtschaft im Rahmen einer Branchenveranstaltung am 6. März in Wien. Insgesamt soll die heimische Stromproduktion aus Erneuerbaren bis 2030 um 20 Terawattstunden (TWh), also 20 Milliarden Kilowattstunden (kWh), gegenüber dem Jahr 2015 gesteigert werden. Das ließe sich zu ungefähr gleichen Teilen durch einen Ausbau der Erzeugung aus Wasserkraft, Windenergie und Photovoltaik um jeweils sechs bis acht TWh bewerkstelligen. Derzeit fehlen dafür jedoch sowohl die wirtschaftlichen Anreize als auch die politischen Rahmenbedingungen.



Fotos: Gebauer & Griller/Jansenberger, iStock

## EAA startet mit Neukunden FunderMax ins neue Jahr

Die EAA ist seit Anfang des Jahres Stromlieferant der FunderMax GmbH. Das holzverarbeitende Unternehmen verfügt über Produktionsstätten an drei Standorten in Österreich: St. Veit an der Glan (Kärnten), Wiener Neudorf (Niederösterreich) und Neudörfel (Burgenland). 2017 und 2018 wird FunderMax mit 160 Millionen Kilowattstunden (kWh) EAA-Strom pro Jahr beliefert. Das entspricht dem Strombedarf einer Stadt mit 45.000 Einwohnern. FunderMax ist einer der führenden europäischen Qualitätsanbieter für Holzwerkstoffe und dekorative Laminat. Die Produktpalette im Unternehmen reicht von der Rohspanplatte über beschichtete Spanplatten bis hin zu Schichtstoff- und Compact- sowie Fassadenplatten. Rund 1.050 Mitarbeiter erwirtschafteten 2015 einen Umsatz von etwa 365 Millionen Euro. FunderMax befindet sich in Besitz der Constantia Industries AG, eines der größten privat geführten Industriekonzerne Österreichs.



FunderMax GmbH St. Veit an der Glan

## EAA etabliert Handelstätigkeiten an der HUPX

Die EAA zählt zu den führenden Stromhändlern in Mitteleuropa und hat ihre Handelspräsenz in den Märkten Mittel-, Süd- und Südosteuropas weiter ausgebaut. Seit Ende Februar ist die EAA Mitglied an der ungarischen Strombörse HUPX. Die Mitgliedschaft an einem der liquidesten Spotmärkte im Osten Europas ermöglicht der EAA eine weitere Diversifizierung ihrer Handelsgeschäfte. Mit dieser Ausweitung ihrer Handelstätigkeiten setzt die EAA einen pragmatischen Schritt, um die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Integration der osteuropäischen Strommärkte zu nutzen.



## EAA bringt Ringstraßenpalais zum Strahlen

Die EAA hat die beiden Luxushotels, das Hotel Bristol und das Hotel Imperial, erstmals als Kunden gewonnen. Die beiden Fünf-Sterne-Hotels an der Wiener Ringstraße werden unter der Marke „The der Luxury Collection“ geführt, einer Selektion von traditionsreichen Hotels und Resorts. Im Jahr 2020 wird die EAA in Summe fünf Millionen Kilowattstunden (kWh) Strom liefern und damit die beiden Ringstraßenpalais zum Strahlen bringen.



Hotel Bristol (links) und Hotel Imperial auf der Wiener Ringstraße

## Kompromiss bei deutsch-österreichischer Strompreiszone

Die deutschen und österreichischen Energieregulatoren haben sich in bilateralen Verhandlungen geeinigt, den derzeit unbegrenzten Handel mit 1. Oktober 2018 zu beschränken. Der gemeinsame deutsch-österreichische Strommarkt bleibt trotz dieser Einschränkung aufrecht. Den Marktteilnehmern wurden langfristige Kapazitäten „von mindestens 4,9 Gigawatt zugestanden“. Das entspricht etwa der Hälfte des österreichischen Verbrauchs zu Spitzenzeiten.

## switch mit Erdgas jetzt auch in Tirol und Vorarlberg

Seit 15. Februar hat die switch Energievertriebsgesellschaft m.b.H. ihr Erdgasversorgungsgebiet vom Marktgebiet Ost auf das gesamte Bundesgebiet ausgeweitet. Damit ist switch nun auch in Tirol und Vorarlberg ins Endkundengeschäft mit Erdgas eingestiegen. Für das Produkt Erdgas Private Pricefix verlangt switch als Arbeitspreis 2,50 Cent netto pro Kilowattstunde (kWh), inklusive Umsatzsteuer sind das 3,00 Cent pro kWh. Diese Preise garantiert switch bis 31. Dezember 2018. Hinzu kommt, dass switch keinen Grundpreis verrechnet. switch-Geschäftsführer Christoph Schmidt: „Der Kunde steht bei uns im Mittelpunkt, das bestätigen auch unzählige Auszeichnungen bei Preis- und Servicetests.“



# Wussten Sie, dass die EAA-GRUPPE ...

... im abgelaufenen Geschäftsjahr **2,217** Milliarden 

umgesetzt hat? Die Gruppe lieferte **17,83** Terawattstunden 

sowie **13,03** Terawattstunden  an 3,11 Millionen  in

9  und 16  Bundesländern. In 40 Beratungsstellen wurden **1,5** Millionen

 zum Thema Energiedienstleistungen und Energieeffizienz beraten. Die 

ist in 11  Ländern aktiv im  tätig. Die Zentrale in  bildet mit einem

 - Handelsvolumen von **75** Terawattstunden und einem  - Handelsvolumen

von **25** Terawattstunden die zentrale Schnittstelle zwischen Erzeugung, Vertrieb und

Großhandelsmarkt. Der erfolgreiche  mit **6,6** Tonnen CO<sub>2</sub>- 

und **15** Terawattstunden Herkunfts-  sichert den  eine

 -schonende  -belieferung.

# MIT ENERGIE HANDELN!

Die EAA-EnergieAllianz Austria handelt jeden Tag rund um die Uhr mit Strom, Gas sowie mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten. Großen Kunden wird der Zugang zur Intraday-Vermarktung ermöglicht.

Seit der Fusion von EAA und eEtt, also seit knapp zwei Jahren, zählt die EAA zu den führenden Stromhändlern in Mitteleuropa. Die Zentrale in Wien bildet mit einem Strom-Handelsvolumen von 75 Terawattstunden und einem Gas-Handelsvolumen von 25 Terawattstunden die Schnittstelle zwischen Erzeugung, Vertrieb und Großhandelsmarkt. Der erfolgreiche Handel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten für 6,6 Tonnen CO<sub>2</sub> und 15 Terawattstunden Herkunftszertifikaten unterstützt die Kunden der EAA einerseits beim Erreichen eines ressourcenschonenden Produktions-Mix und andererseits bei der Erreichung der nationalen Emissionsreduktionsziele. Dabei verantwortet die EAA den gesamten Spothandel, also den Handel mit kurzfristigen Börseprodukten, die Bilanzgruppenabwicklung und die internationalen Fahrplannominierungen. In diesem Bereich verfügt die EAA über jahrzehntelange Erfahrung. Schließlich versorgt die EAA-Gruppe mehr als drei Millionen Kundenanlagen mit Energie und zählt somit zu den führenden Vertriebs-, Dienstleistungs- und Handelsunternehmen für Strom und Erdgas in Mitteleuropa. Hinter der Unternehmensgruppe stehen die Konzerne Wien Energie, EVN und Energie Burgenland.

## Wir handeln rund um die Uhr

Die Handelstätigkeit am Intraday-Markt wird rund um die Uhr wahrgenommen. Da die Portfolios der Kunden immer flexibler verwaltet werden, spielt der 24-Stunden-Intraday-Dienst bei der Beschaffung eine immer wichtiger werdende Rolle. „Wir wollen unseren Kunden noch rascher und effizienter bessere Dienstleistungen bieten. Automatisierung und Digitalisierung geben uns die Möglichkeit dazu“, sagt EAA-Geschäftsführer Jörg Sollfelner. Groß- und Industriekunden wird damit der Zugang zur Intraday-Vermarktung ermöglicht. Die EAA kann rasch auf Veränderungen des Marktes reagieren, die Mengenbilanzen in 15-Minuten-Intervallen ausgleichen und dadurch den Kunden ein optimales Service anbieten. So setzt die EAA neue Standards im Energiehandel. Der Terminhandel ist im Gegensatz dazu auf die langfristige Absicherung von Erzeugung und Vertrieb ausgerichtet.

## Energiehandel als Kernkompetenz

Die EAA optimiert den Marktzugang, professionalisiert den Spot- und Terminhandel und forciert die Internationalisierung der Handelsgeschäfte. Durch die Teilnahme an länderübergreifenden Kapazitätsauktionen und dem grenzüberschreitenden Stromhandel mit mehreren Ländern trägt die EAA zur Versorgungssicherheit und zur Integration der Energiemärkte in Europa bei. Nachdem der grenzüberschreitende Stromhandel an der deutsch-österreichischen Grenze ab Oktober 2018 nur mehr eingeschränkt möglich sein wird, werden das Know-how und die Expertise der EAA-Handelsexperten weiter an Bedeutung gewinnen. Die EAA handelt mit physischen und auch finanziellen Terminprodukten und bietet ihren Kunden Risikomanagement-Services durch laufende Beobachtung der Terminpreise und eine Analyse der Trends. Die EAA handelt ebenso erfolgreich mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten und hilft den Kunden, den gewünschten Energie-Mix zu erreichen. Darüber hinaus ist die EAA zur Stützung der Liquidität an der Energiebörse EXAA als Market Maker tätig.

## EAA in ganz Europa präsent

Von der Zentrale im Wiener Twin Tower hat die EAA ihre Handelspräsenz zusätzlich zu den Märkten in Österreich auch auf Deutschland sowie Mittel-, Süd- und Südosteuropa ausgedehnt. Dank der Marktnähe kann sie schnell auf Preisschwankungen in ganz Europa reagieren. An den europäischen Energiebörsen in Wien (EXAA, CEGH), Leipzig (EEX), Paris (EPEX), London (ICE), Rom (IPEX), Prag (OTE), Ungarn (HUPX) und Bukarest (OPCOM) betreibt die Unternehmensgruppe Handel. Weitere Handelspartner sind die europäische Klimabörse (ECX) und die OTC-Märkte. Eigene Tochtergesellschaften bearbeiten die Märkte in Serbien und Mazedonien. Außerdem besitzt die EAA Berechtigungen zum Stromhandel in Tschechien, Bulgarien, in der Slowakei und in Slowenien. Mit der Forcierung ihrer Handelstätigkeiten in diesen Märkten Mittel- und Osteuropas setzt die EAA einen pragmatischen Schritt, um die wirtschaftlichen Möglichkeiten der fortschreitenden Integration der osteuropäischen Strommärkte voll zu nutzen. ■



Samstag, 6. Mai, 15.49 Uhr  
Österreichisches Parlament, 1010 Wien

Wolfgang und sein Sohn Kilian besuchen das Parlament, bevor das Besucherzentrum wegen der geplanten Generalsanierung am 4. Juli 2017 schließt. Kilian hat in der Schule gelernt, wie und wo die Gesetze in Österreich und in der Europäischen Union gemacht werden. Jetzt möchte er den alten Plenarsaal aus dem Fernsehen einmal selber sehen. Nach der Familienführung sind die beiden von den vielen tollen Eindrücken begeistert.



# ENERGIE-UNION

Wohin geht die Reise?





# DAS HOFFNUNGS- PAKET

Wie die Europäische Union die Umwelt schützen, Energie sparen und Arbeitsplätze schaffen will – der Versuch einer Zusammenfassung.

Die rund 3.500 Seiten Winterpaket haben ein Papiergewicht von rund zwei Kilogramm. Das „Monster-“ oder „Jumbopaket“, wie es die Presse immer wieder nennt, enthält vier Entwürfe für Richtlinien, ebenso viele Vorschläge für Verordnungen und zahlreiche Berichte. Es ist die Ergänzung zu dem im Juli 2015 vorgestellten „Sommerpaket“ und behandelt die Themen Energieeffizienz, Marktdesign, erneuerbare Energie und Governance. Wenn es nach dem Plan der EU-Kommissare geht, soll das Konvolut dabei helfen, Energie zu sparen, das Klima schützen, die Wirtschaft stimulieren und Arbeitsplätze schaffen. Die Industrie ist zufrieden. Kritiker sprechen von Rückschritten beim Klimaschutz. Kerne des Pakets sind weniger Gas- und Ölimporte und Investitionen etwa in Gebäudedämmung und Heizungssanierung. Laut EU sollen von 2021 bis 2030 EU-weit jedes Jahr 177 Milliarden Euro an öffentlichen und privaten Investitionen ausgelöst werden. In den zehn Jahren sollen europaweit in Summe 900.000 neue Arbeitsplätze entstehen und die Energiekosten für Verbraucher sinken – soweit das Konzentrat. Maroš Šefčovič, Vizepräsident der Europäischen Union, meinte Ende November in einer Aussendung, dass mit dem „vorgestellten Paket der Übergang zu sauberer Energie bei gleichzeitiger Modernisierung der Wirtschaft unterstützt werden“ solle. Miguel Arias Cañete, Kommissar für Klimapolitik und Energie, lobte die Vorschläge der EU-Kommission:



„Wir schaffen damit eine Steigerung der Nachfrage nach neuen Technologien, verbessern die Stellung der Verbraucher, sorgen für besser funktionierende Energiemärkte, die uns helfen, unsere Klimaziele zu erreichen.“

Miguel Arias Cañete, Kommissar für Klimapolitik und Energie

## Drei Hauptziele

Hauptaugenmerk legt die Europäische Kommission erstens auf Energieeffizienz: Sie soll bis zum Jahr 2030 gegenüber 1990 um 30 Prozent steigen, also um drei Prozentpunkte mehr als bisher. Erreichen will die Union die Effizienzverbesserung vor allem durch Maßnahmen im Bereich der Wärmedämmung und durch mehr Effizienz von technischen Anlagen. Diese Maßnahmen sollen allein rund 400.000 neue Arbeitsplätze schaffen und 70 Milliarden Euro einsparen. Mit den Vorschlägen zur erneuerbaren Energie sollen zudem noch mehr Arbeitsplätze in einem Sektor geschaffen werden, der schon jetzt mehr als eine Million Menschen beschäftigt. 2014 waren laut Europäischer Kommission etwa 320.000 Personen in der Windkraftbranche tätig – fünfmal mehr als vor zwölf Jahren. Zweitens sieht das Winterpaket vor, die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Europa bis zum Jahr 2030 um mindestens 40 Prozent zu reduzieren. Der Anteil an erneuerbaren Energien im Verbrauch soll dann bei mindestens 27 Prozent liegen. Mit Hilfe des Winterpakets will die EU beim Übergang zu einem umweltfreundlichen Energiesystem eine Vorreiterrolle übernehmen. Die dritte Stoßrichtung des Energiepakets ist die stärkere Einbeziehung der Konsumenten, die Versorgungssicherheit mit leistbarer Energie und gleichzeitig mehr Markt. Soweit der Plan. Diese drei Ziele stoßen allerdings nicht nur auf Gegenliebe.

## WKÖ: „EU-Kommission baut Luftschlösser“

Stephan Schwarzer, Leiter der Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), kritisiert in einer Aussendung, dass es so scheine, als wolle die EU „mit Holzhammer-Methoden in die einzelnen Mitgliedstaaten hineinregieren“. Seiner Meinung nach „sollten Entscheidungen über Energiemaßnahmen in der Zuständigkeit der EU-Staaten bleiben, um die notwendige Flexibilität innerhalb und zwischen den Staaten zu gewährleisten“. Schwarzer zweifelt zudem an dem Zeitplan der EU-Kommission:

So fehle es an Energienetzen als zentralem Eckstein der Energie-Union. „Während die EU-Kommission ‚Luftschlösser baut‘, müsste sie Österreicher Schützenhilfe in konkreten Energieprojekten wie dem Erhalt der deutsch-österreichischen Strompreiszone leisten“, fordert er.

### „Überschießende Bürokratie vermeiden“

Laut Energie-Sektionschef Dr. Michael Losch sind „viele Passagen noch so undefiniert gehalten, dass ein beinahe übergroßer Interpretationsspielraum entsteht, der Unsicherheit erzeugen kann“.



„Wir sind für saubere und einfache Marktregeln, die es gestatten, die Erneuerbaren an den Markt heranzuführen.“

Dr. Michael Losch, Sektionschef Energie und Bergbau im BMWFW

Gegenüber dem Magazin StromLinie plädiert er dafür, dass „neue europäische Regeln einen Mehrwert bringen, einfach und verständlich formuliert werden und überschießende Bürokratie vermieden wird“. Die Vorschläge der EU-Kommission sollten seiner Meinung nach „nicht getrennt voneinander, sondern im Sinne einer Strategie der Energie-Union gesamthaft betrachtet werden“. Die Arbeiterkammer (AK) Wien vermisst beim EU-Winterpaket klare Zielvorgaben, was die Energieexpertin Mag. Dorothea Herzele so formuliert: „Anstelle verbindlicher Ziele möchte die Europäische Kommission mit umfassenden Berichtspflichten einen bürokratischen Papiertiger schaffen.“ Diese Ziele auf Ebene der einzelnen Mitgliedsstaaten wären aber laut Herzele „notwendig, um die klimapolitischen Ziele in Hinblick auf Energieeffizienz und den Ausbau der erneuerbaren Energie bis 2030 zu erreichen“. Mag. Claudia Kettner vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) sieht „im Vergleich zu früheren Initiativen grundsätzlich die integrierte und gemeinsame Betrachtung der Energie- und Klimapolitik als Fortschritt“.

### Atomares Ausstiegsszenario gefordert

Umweltorganisationen kommen beim Winterpaket aus dem Beanstandeten kaum heraus. Laut dem deutschen Magazin zur Klima- und Energiewende, Klimaretter.info, wittern sie „eine Renaissance von Kohle und Atomkraft“. Rainer Hinrichs-Rahlwes, Vorstandsmitglied des deutschen Bundesverbands Erneuerbare Energie, kritisiert gegenüber EAA-Energie Inside nichtfunktionierende Märkte und Subventionierung von fossilen und atomaren Energien: „Solange wir massive fossile und nukleare Überkapazitäten haben, hat die beste Kooperation von Netzbetreibern dort ein Ende, wo die unflexiblen Dinosaurier-Kraftwerke nicht genügend heruntergefahren oder abgeschaltet werden können.“ Aus diesem Grund fordert er „eine Ausstiegsstrategie für die fossil-nukleare Energiewirtschaft. Ansonsten würden die schmutzigen Energien des vergangenen Jahrhunderts weiter die saubere Energie aus erneuerbaren Quellen verdrängen“. Auch die seiner Meinung nach zu niedrig angesetzten Ziele würden den Prozess

der Energiewende unnötig verlangsamten. Problematisch sieht er, dass den Investoren durch die vorgesehenen Rahmenbedingungen keine Investitions- und Rechtssicherheit gegeben werden könne.



„Die EU greift mit der Öffnung nationaler Fördersysteme zu sehr in die Gestaltungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten ein. Damit verhindert sie die Flexibilität der Länder.“

Rainer Hinrichs-Rahlwes, Vorstandsmitglied des deutschen Bundesverbands Erneuerbare Energie

### Neues Strommarktdesign

Gerade um die Märkte zu beleben, will die Europäische Kommission vom Prinzip der Dauerförderungen abgehen und die Verbraucher in den Mittelpunkt stellen. Die stärkere Rolle der Konsumenten sollte zusätzliche Flexibilität im Strommarkt aktivieren. EU-Kommissar Cañete plädierte im Rahmen der 15. Klausurtagung für Energie- und Umweltpolitik des Wirtschaftsrates in Berlin am 10. März 2017 daher auch für „den aktiven Einbezug von Verbrauchern“. Denn die Kunden sollten am Ende die klaren Gewinner sein. Das unterstreicht auch Kai Tullius von der Generaldirektion Energie der EU-Kommission. Auf der 6. Vertriebstagung des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU) in Frankfurt/Main, von der energate-messenger berichtete, sagte der EU-Beamte im Februar: „Wir wollen aktiven Konsumenten erlauben, Strom zu produzieren, zu speichern, zu verkaufen oder selbst zu verbrauchen.“ Wünschenswert wäre laut Tullius eine „aktive Beteiligung des Kunden im Markt, indem er sein Nachfrageverhalten anpasst oder indem er selbst Energie erzeugt“. Damit die Verbraucher in Zukunft leichter auf Angebotsschwankungen reagieren können, möchte die EU-Kommission variable, börsenpreisbasierte Tarifmodelle einführen. „Wir möchten den Kunden das Recht auf einen flexiblen Strompreis und auf einen Smart Meter geben“, sagte Tullius. Flexible Tarife würden aus Sicht der EU dazu beitragen, die Kosteneffizienz des Gesamtsystems zu verbessern. Der Spitzenbeamte stellte aber auch klar, dass sich diese sogenannten Prosumer, also Konsumenten, die gleichzeitig auch Produzenten sind, künftig an den Netzkosten beteiligen müssten. Um den Strommarkt flexibler zu gestalten, will die EU-Kommission Marktbarrieren beseitigen und neue Player integrieren: Diese neuen Dienstleister, sogenannte Aggregatoren, sollen Potenziale zur Lastverschiebung bündeln und vermarkten. Jeder Konsument müsse Verträge mit einem dritten, unabhängigen Dienstleister abschließen können, ohne Erlaubnis seines Versorgers, sagte Tullius. „Neue Player müssen im Markt tätig werden können ohne das Einverständnis der etablierten Akteure.“<sup>1</sup> In den Augen von AK-Energieexpertin Herzele sind diese Pläne „eine gefährliche Illusion“. Aufgrund des vergleichsweise niedrigen Stromverbrauchs durchschnittlicher privater Haushalte sieht sie den Effekt dieser Maßnahme als gering. Hinzu komme, dass sich nur ein kleiner Teil der Haushalte >

<sup>1</sup> <http://www.energate-messenger.de/news/172025/eu-will-die-stromverbraucher-aktivieren>, Stand: 21.2.2017

smarte Haushaltsgeräte leisten könne oder gewillt sei, Dritten Einblick in ihr Wohnzimmer zu gewähren, um den Energieverbrauch steuern zu lassen. Daher „wird die überwiegende Mehrheit wohl nur mit hohen Preisen konfrontiert sein, was besonders für einkommensschwache Haushalte problematisch ist“, vermutet Herzele. Die angedachte Einführung von intelligenten Zählern im Wärmebereich ist aus AK-Sicht entbehrlich. Laut Herzele „würden hier künstlich Kosten erzeugt, denen kein signifikanter Nutzen gegenübersteht“. Insbesondere trifft das auf Passiv- oder Niedrigenergiehäuser zu, wo die Kosten der gelieferten Wärme geringer sein können als die Messkosten. Positiv hingegen sieht die AK das Ziel der EU-Kommission, die Rechte der Konsumenten im Bereich der Raumwärme auszuweiten. So soll es mehr Transparenz bei den Rechnungen geben: Künftig sollen Vorgaben für Stromrechnungen gelten, damit die Kunden den Zahlenwust überhaupt verstehen und ihren Verbrauch selbst analysieren können.

### Aufbrechen nationaler Grenzen

In der Modernisierung der Strommarktstrukturen sieht auch Dr. Jürgen Schneider, Vertriebsleiter beim Umweltbundesamt in Wien, einen wichtigen Punkt: „Eine stärkere Zentralisierung der regionalen Kooperation durch die Einrichtung der Regional Operational Center wird von vielen Übertragungsnetzbetreibern kritisch gesehen.“ Schneider weist in diesem Zusammenhang auf positive Aspekte zum Aufbrechen von nationalen Grenzen zur Schaffung eines Europäischen Strommarkts hin: „Die Zusammenarbeit über Landesgrenzen kann vor allem bei einem immer weiter steigenden Anteil volatiler erneuerbarer Stromerzeugung Versorgungssicherheit und Kosteneffizienz gewährleisten.“ Aber genau das Auslagern wichtiger hoheitlicher Entscheidungen auf dezentrale EU-Agenturen wie die europäische Agentur für die Zusammenarbeit der EU-Regulierungsbehörden (ACER) beurteilen Energieexperten der meisten EU-Länder kritisch, da wichtige Entscheidungen von ACER abseits der Öffentlichkeit getroffen werden und intransparent sind. Solche Entscheidungen können jedoch nachhaltige Auswirkungen auf einen Mitgliedsstaat haben, wie dies aktuell die Entscheidung von ACER zur Teilung der deutsch-österreichischen Strompreiszone zeigt.

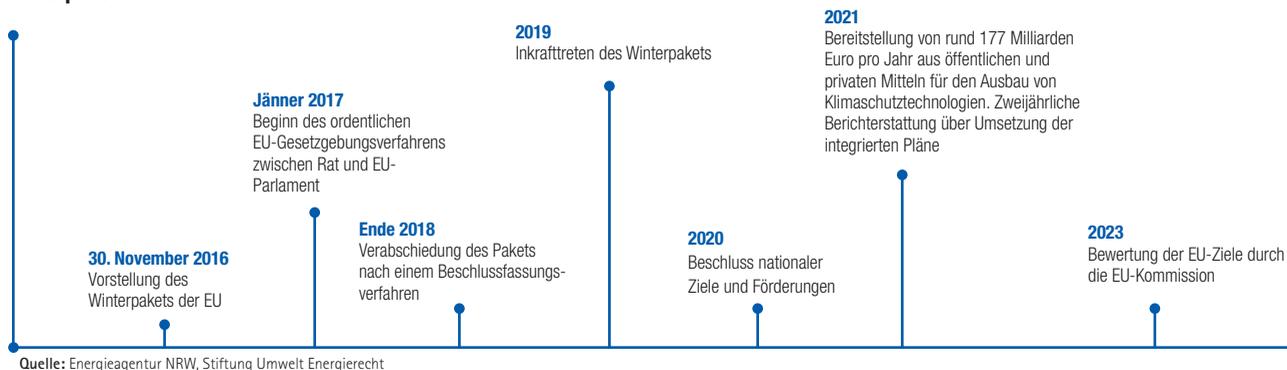
### Bedrohter Einspeisevorrang

Auf Vorschlag der EU-Kommission soll der Einspeisevorrang für erneuerbare Energien bis auf wenige, kleine Ausnahmen komplett fallen. Das stößt nicht nur Umweltschützern sauer auf, sondern missfällt auch Österreichs Umweltminister Andrä Rupprechter: „So funktioniert die Energiewende nicht“, kritisierte er Ende November, „wir dürfen die konventionellen Kraftwerke nicht laufen lassen und dafür Strom aus Wind und Photovoltaik abdrehen.“ Die Vorschläge der EU-Kommission zielen darauf ab, Energie aus Wind, Sonne und Wasser stärker dem freien Wettbewerb auszusetzen, was kostendämpfende Wirkung haben könnte.

### Halbherzige Ziele für die Umwelt?

Kritik an den Vorschlägen gibt es hinsichtlich des Anteils an erneuerbaren Energien am Energieverbrauch. 27 Prozent sind für viele Klimaschützer nicht ambitioniert genug, wenn die Ziele des Pariser Klimaabkommens ernsthaft erreicht werden sollen. Zur Erinnerung: Die menschgemachte globale Erwärmung soll auf deutlich unter zwei Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten bleiben. Hinrichs-Rahlwes vom deutschen Bundesverband Erneuerbare Energie findet, dass „ambitioniertere Ziele für erneuerbare Energien und Effizienz auch aus ökonomischer Sicht von Vorteil wären. Umweltschützer sind sich einig, dass 27 Prozent Erneuerbare bis 2030 kaum mehr als business as usual sind“. Obwohl das Winterpaket EU-weit differenziert beurteilt wird, stimmt die Grundmelodie. Die Ziele des Kommissionsvorschlags – umweltfreundliche Energiesysteme und der stärkere Fokus auf die Konsumenten – wurden von den meisten EU-Ländern begrüßt. Ebenso, dass Marktpreise ohne Preisobergrenzen eine wichtige Rolle im Binnenmarkt spielen sollen. Eine Harmonisierung der Regelenergiemärkte und kurzfristige Handelsphasen sind ebenfalls konsensfähig. Allein die Erhöhung der Energieeffizienzziele und Eingriffe in die nationalen Erneuerbaren-Fördersysteme könnten neben dem Thema Strompreiszonen noch Zündstoff für weitere Diskussionen liefern. In jedem Fall sind sich die Experten einig, dass sich die Gespräche zum Winterpaket noch mindestens ein Jahr hinziehen werden. Ein Beschluss des Winterpakets wird beim Ratsvorsitz Österreich im zweiten Halbjahr 2018 erwartet. Dann hätten die Nationalstaaten bis zu zwei Jahre Zeit, das „Jumbopaket“ in nationales Recht umzusetzen. ■

### Fahrplan EU-Winterpaket



# Kunden der EAA zum Thema Winterpaket und Energieeffizienz:

Die EU hat im vergangenen Herbst das Winterpaket vorgestellt. Damit will die Gemeinschaft die Energieunion forcieren. Ein wichtiges Ziel ist darüber hinaus das Steigern der Energieeffizienz. EAA-Energie Inside hat Kunden der EAA gefragt: Welche Sparpotenziale gibt es in ihrem Unternehmen?



**Gen. Dir. Dipl.-Ing. Johann Marihart, CEO und Vorstandsvorsitzender bei Agrana**

AGRANA hat im Rübenzucker-Gewinnungsprozess den Energieverbrauch über 30 Jahre halbiert, d.h. im Schnitt rund 1,5 Prozent Energieeinsparung pro Jahr erzielt. Dieser Prozess geht weiter und ist verbunden mit verbesserter technologischer Rohstoffqualität sowie mit dem laufenden Austausch von Technologieteilen durch neueste Entwicklungen.



**Ing. Mag. (FH) Andreas Matthä, Vorstandsvorsitzender der ÖBB-Holding AG**

Die ÖBB haben sich bis 2020 das ambitionierte Ziel gesetzt, ihre Energieeffizienz um 7,5 Prozent zu steigern. Großes Potential dafür sehen wir in der Nutzung von Automatisierungstechnologien in der Betriebsabwicklung und in der Optimierung von Gebäuden und Anlagen. Die ÖBB leisten damit einen wichtigen Beitrag, um dem zunehmenden Mobilitätsbedürfnis der Gesellschaft nachhaltig gerecht zu werden.



**Mag. Christian Hann, Geschäftsführer der Wiener Lokalbahn Cargo GmbH**

Die Bahn ist weltweit das umweltfreundlichste, motorisierte Verkehrsmittel. Mit ihrem Fuhrpark aus modernsten hocheffizienten E-Lokomotiven und regelmäßigen Schulungen der Lokführer für energieeffizientes Fahren leistet die WLC bereits jetzt einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der gesetzten Klima- und Effizienzziele. Bezogen auf den Energieverbrauch benötigt ein LKW für dieselbe Verkehrsleistung knapp viermal mehr Energie als die Bahn. Durch eine verfehlte europäische Verkehrspolitik, die einen wesentlichen Anstieg des Straßengüterverkehrs ermöglicht hat, ist es bisher nicht gelungen, Verbesserungen bei den Emissionen im Verkehrssektor zu erreichen. Sollen diese Ziele ernsthaft erreicht werden, so besteht hier der dringende Bedarf, notwendige Korrekturmaßnahmen durchzuführen.



**Dr. Renate Wimmer, Eigentümerin der Unternehmensgruppe ARCOTEL**

ARCOTEL hat im vergangenen Jahr bei Weitem mehr Einsparungen nachweisen können, als laut Energieeffizienzgesetz jährlich vorgeschrieben sind. Diesen Weg werden wir konstant fortsetzen, insbesondere durch den Einsatz von LED-Leuchten, Bewegungsmeldern, Müllpressen, Perlatoren bei Wasserhähnen und Brausen, Einbau von WC-Anlagen mit geringerem Wasserverbrauch pro Spülung sowie automationsunterstützter Regelung der Küchenabluft in Abhängigkeit vom Kochverhalten. ARCOTEL legt großen Wert auf ein effizientes Energiemanagement.



**Rene Haberl, Geschäftsführer von FunderMax**

Wir haben als großer Energieerzeuger und -verbraucher große Potentiale, die wir laufend heben, die größten im Bereich industrielle Abwärme. Diese Abwärme machen wir in Form von Fernwärme nutzbar und versorgen damit die Städte, die an unsere Produktionsstandorte angrenzen. Weiteres Potential liegt in der laufenden Optimierung der Kraft-Wärme-Kopplung und der Produktionsprozesse. Kleinere Potentiale sind im Bereich Energieeffizienz, d.h. Einsatz der richtigen Technologie und der richtigen Energieform, vorhanden.

**2025**  
Öffnung nationaler Fördersysteme für ausländische Erzeuger: bis 2025 10 Prozent, danach 15 Prozent neu ausgeschriebener Kapazitäten

**Bis 2030**  
Steigerung der Energieeffizienz um 30 Prozent (im Vergleich zu 1990). Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um mindestens 40 Prozent (im Vergleich zu 1990). 50 Prozent der europäischen Stromversorgung sollen erneuerbar sein

**Bis 2050**  
Dekarbonisierung des Gebäudebereichs

# Wohin bewegt

# Deutschland die

# ENERGIE-UNION?



Die Beantwortung der Fragen von EAA-Energie Inside durch das deutsche Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gibt Aufschluss über deutsche Positionen im Energiebereich. Das Ministerium sieht zum Beispiel in der Energie-Union die Möglichkeit, Europa im Energiebereich zu stärken und die europäische Integration weiter voranzutreiben, im Netzausbau statt in innerdeutschen Preiszonen eine Lösung und im Atomausstieg aus Kostengründen die richtige Entscheidung.

Beim Energiemarkt in Europa hängt nicht nur viel von den für Energie zuständigen Kommissaren und Beamten in Brüssel und jenen Beamten der Regulierungsbehörde ACER ab, sondern auch von Europas größtem Energiemarkt, Deutschland. Daher hilft es, die deutschen Positionen besser kennen zu lernen. Etwa zur Vision der Energie-Union und des gemeinsamen europäischen Energiemarkts und zu den Erwartungen Deutschlands.

In den Augen des Bundeswirtschaftsministeriums in Berlin bietet der europäische Energiebinnenmarkt „wichtige Chancen sowohl für Verbraucher, aber auch beispielsweise beim Thema Versorgungssicherheit. Das unterstreicht auch die Idee einer Energie-Union“, die die große Chance bietet, „Europa im Energiebereich stärker zu machen und die europäische Integration weiter voranzutreiben“. Daher begrüßt das Ministerium „im Grundsatz das umfassende Paket der Europäischen Kommission ‚Saubere Energie für alle Europäer‘ zur Umsetzung der ‚Energie-Union‘. Mit den Vorschlägen haben wir die große Chance, die Energiepolitiken der Mitgliedsstaaten stärker aufeinander abzustimmen und Europa moderner und innovativer und damit stärker zu machen“, lautet die Antwort des deutschen Energieministeriums auf die Fragen von EAA-Energie Inside. Auf besondere Gegenliebe stößt in Berlin, „dass die Kommission beim Strommarktdesign die Märkte auf einen steigenden Anteil erneuerbarer Energien ausrichten will, wie dies auch in Deutschland mit dem Strommarkt 2.0 geschieht“. Mit Blick auf die Förderung erneuerbarer Energien würde das Ministerium sich jedoch „Vorschläge für eine stärkere Konvergenz der Förderungssysteme in Europa wünschen“.

## **Innerdeutsche Strompreiszonen stehen nicht zur Debatte**

Mehr erneuerbare Energie zum Beispiel aus den Windparks in der Nord- und Ostsee bedeutet erhebliche Probleme für Deutschlands Nachbarn. Daher wurden neben den Preiszonen zwischen Österreich und Deutschland auch immer wieder innerdeutsche Preiszonen thematisiert. Für das Berliner Ministerium sei „diese Fragestellung von der Debatte um die deutsch-österreichische Strompreiszone zu trennen“. Bei der deutsch-österreichischen Strompreiszone gehe es um die Fragestellung, wie Stromflüsse zu Grenzstaaten zu regeln sind. „Innerhalb Deutschlands ist die Situation“, laut der Antwort aus Berlin, „eine andere. Für uns ist hier entscheidend, dass der Netzausbau vorangeht. Dafür haben wir die Regulierung stetig verbessert und mit dem Erdkabel-Vorrang den Anreiz für einen akzeptierten Netzausbau vor Ort gesetzt. Zwei Strompreiszonen innerhalb von Deutschland stehen für uns nicht zur Debatte.“

## **„Ambitionierte Effizienzziele“**

Bei den Energieeffizienzzielen verfolgt Deutschland parallel zu den EU-Zielen „auch national sehr ambitionierte Ziele. Hier haben wir bereits einiges erreicht. So zählt Deutschland zu den Ländern mit höchster Energieproduktivität in Europa. Der Primärenergieverbrauch konnte in den letzten Jahren spürbar gesenkt werden, im Zeitraum 2008 bis 2014 um 8,3 Prozent, was etwa dem jährlichen Energieverbrauch Portugals entspricht“. Auch seinen Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch entkoppelt. Das Ministerium



räumt jedoch ein, dass natürlich „auch hier weitere Anstrengungen erforderlich bleiben“. Bei den Treibhausgas(THG)-Emissionen verfolgt Deutschland nach eigenen Angaben „sehr ambitionierte Ziele. In Deutschland wurde zugleich für die Klimaziele, aber auch für die Energieziele ein klarer jährlicher Monitoringprozess eingerichtet, der den Stand der Zielerreichung analysiert und auch die bereits bestehenden Maßnahmen untersucht“.

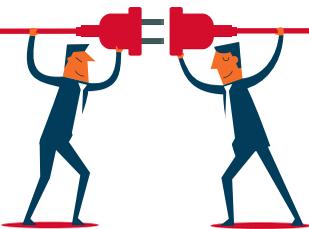
„Zur Erreichung der THG-Emissionen ist es wichtig, dass alle Handlungsfelder Beiträge zur Zielerreichung leisten“, das heißt „nicht nur der Energiesektor, sondern beispielsweise auch die Bereiche Verkehr und Landwirtschaft“. Im Energiebereich leiste Deutschland „mit der im Jahr 2016 in Kraft getretenen Sicherheitsbereitschaft einen klaren Beitrag zum Klimaschutz im Sektor Energiewirtschaft. Braunkohlekraftwerksblöcke im Umfang von 2,7 Gigawatt (dies entspricht 13 Prozent der installierten Braunkohleleistung) gehen schrittweise in Sicherheitsbereitschaft und werden nach vier Jahren stillgelegt werden. Die 2,7 Gigawatt Braunkohlekraftwerke erbringen eine Emissionsminderung von elf bis 12,5 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr 2020“.

### **Gas spielt weiterhin wichtige Rolle**

Und welche Rolle sieht Deutschland für Gas im Energiemix der Zukunft? „Gas spielt für eine Übergangszeit weiterhin eine wichtige Rolle. Unsere Langfristausrichtung bei der Energiewende in Deutschland zielt auf einen steigenden Anteil erneuerbarer Energien und mehr Energieeffizienz.“ In Sachen Ausstieg aus der Nuklearenergie macht Deutschland ernst: „Die Bundesregierung verfolgt bekanntlich eine andere energiepolitische Strategie als Großbritannien oder Finnland (die neue Atomkraftwerke bauen, Anm. d. Redaktion). Wir setzen auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Zudem machen wir uns auch in Europa für einen robusten EU-Rahmen zur Förderung von Erneuerbaren und Energieeffizienz stark.“ Über andere EU-Staaten hält sich das Ministerium bedeckt, weil „die Festlegung des nationalen Energiemix nach den europäischen Verträgen damit in die Hoheit der Mitgliedsstaaten fällt. Dazu gehört auch, dass einige souveräne Mitgliedsstaaten auf Kernenergie setzen dürfen. Grundsätzlich zeigen Sachverhalte wie Hinkley Point (das britische Kernkraftwerk, Anm. d. Redaktion) aber, dass Atomkraft sehr teuer ist. Wenn man Neuinvestitionen betrachtet, sind neue Erneuerbaren-Projekte und insbesondere Energieeffizienz günstiger“. ■

# STROMPREISZONEN-KOMPROMISS:

## WEITERHIN GEMEINSAMER STROMMARKT MIT DEUTSCHLAND



Wie erwartet, wird ab Oktober des kommenden Jahres ein künstlicher Stromengpass an der Grenze zwischen Österreich und Deutschland eingeführt. Darauf einigten sich Mitte Mai die Regulatoren beider Länder. Damit wird der intensive Stromhandel zwischen Österreich und Deutschland gedrosselt. Es wird erwartet, dass die Großhandelspreise für Marktteilnehmer aus Österreich um maximal fünf Prozent steigen werden. Verhandlungserfolg war die generelle Aufrechterhaltung des gemeinsamen Strommarktes mit Deutschland.

Österreichische Industriebetriebe wie die voestalpine AG erwarten, dass Strom in Österreich teurer werden wird. Damit rechnet auch Wolfgang Urbantschitsch, Vorstand des Regulators E-Control. Er geht davon aus, dass der Preis für die Kilowattstunde für die Industrie um höchstens fünf Prozent steigt, für Haushaltskunden werde es kaum Auswirkungen geben. Um wie viel österreichische Unternehmen und Haushalte ab 1. Oktober 2018 tatsächlich mehr für Strom bezahlen werden müssen, wird die Praxis zeigen.

Ursache für den zu erwartenden Preisanstieg ist die bevorstehende Trennung der gemeinsamen Strompreiszone von Deutschland und Österreich. Diese beeinflusst den Stromhandel zwischen Deutschland und Österreich. Statt der offenen Grenzen wie bisher gibt es künftig ein Limit für Kapazitäten. Den Marktteilnehmern wurden langfristige Kapazitäten „von mindestens 4,9 Gigawatt zugestanden“. Das entspricht etwa der Hälfte des österreichischen Verbrauchs zu Spitzenzeiten. Im Gegenzug muss „der österreichische Übertragungsnetzbetreiber (Austrian Power Grid, Anmerkung der Red.) den deutschen Übertragungsnetzbetreibern ausreichend gesicherte Kraftwerksleistung für Maßnahmen zur Netzsicherheit zur Verfügung“ stellen. Wenn dem nicht entsprochen wird, „wird die Handelskapazität von 4,9 Gigawatt in gleicher Menge gekürzt“. So liest sich der Kompromiss aus deutscher Sicht. Trotz der Einschränkungen im Handel sieht das deutsche Wirtschaftsministerium den Strombinnenmarkt zwischen

Deutschland und Österreich „unbeeinträchtigt. Es ist die Trennung der Gebotszonen – nicht der Märkte“, schreibt die Pressestelle auf Anfrage von EAA-Energie Inside.

### Preiszone ist die falsche Botschaft

Experten wie der deutsche Energielobbyist und Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft, Stefan Kapferer, sehen die künstliche Preiszone dennoch als „Fehlentwicklung“, wie er bei einer Diskussion im Rahmen des EAA-Energie Talks Mitte Mai in Wien sagte: „Ein europäischer und länderübergreifender Ansatz wie der gemeinsame Strommarkt Deutschland und Österreich ist sicherlich die richtige Botschaft.“ Große, grenzüberschreitende Marktgebiete sind unabdinglich für funktionierende, liquide Strommärkte, so die Expertenmeinung. Das oft genannte Vorbild Schweden, wo die Gebotszone 2011 verkleinert wurde, zeigt, dass durch eine Aufteilung in mehrere Preiszonen ein liquider Markt mit aussagekräftigen Preissignalen gefährdet wird. Zahlen untermauern das: Die Liquidität auf dem schwedischen Strommarkt ist in Folge der Einführung der Preiszone um bis zu 40 Prozent gesunken, die Zahl der Marktteilnehmer hat sich halbiert. Auch nach dem Kompromiss, den gemeinsamen Strommarkt zwischen Österreich und Deutschland aufrechtzuerhalten, rechnen Experten damit, dass die derzeit hohe Liquidität des gemeinsamen österreichisch-deutschen Energiemarktes wie in Schweden darunter leiden könnte.

## Absicherung des Stromhandels als Basis für gemeinsamen Markt

Der derzeit unbegrenzte Handel am deutsch-österreichischen Strommarkt wird mit 1. Oktober 2018 beschränkt. Die Spitzen im Stromaustausch werden zukünftig gekappt, der Stromhandel zwischen den traditionell gut integrierten Märkten wird jedoch auch künftig möglich sein. Es können 4.900 Megawatt (4,9 Gigawatt) Strom durch Langfriskapazitäten vergeben werden. Das entspricht in etwa der Hälfte des österreichischen Verbrauchs zu Spitzenzeiten. Das sind die Eckpunkte einer Einigung, die zwischen den deutschen und österreichischen Energieregulatoren Bundesnetzagentur und E-Control erzielt wurden. „Wir haben damit letztlich ein gutes Ergebnis erreicht“, sagen die E-Control-Vorstandsmitglieder Wolfgang Urbantschitsch und Andreas Eigenbauer. Im täglichen Handel soll die Kapazitätsvergabe in die Region Central-West, die die Länder Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg und Deutschland umfasst, integriert werden. Dadurch kann sich die vereinbarte Kapazität von 4,9 Gigawatt um kurzfristige Handelskapazitäten erhöhen.

## Leichtes Aufatmen bei Industrie und Wirtschaft

Vertreter von Industrie, Wirtschaft und Elektrizitätswirtschaft in Österreich begrüßten in ihren Presseaussendungen grundsätzlich die Einigung der deutschen und österreichischen Energieregulatoren für den grenzüberschreitenden Stromhandel an der bilateralen Landesgrenze. Die getroffenen Kompromisse seien zwar „von optimal weit entfernt, zeigen aber einen pragmatischen Weg“, so IV-Generalsekretär Christoph Neumayer in einer Presseaussendung. Potenzielle Preissteigerungen für die österreichische Verbraucherseite seien noch nicht exakt abschätzbar, würden aber wohl je nach Entwicklung der Importströme schlagend werden. „Einige regelrechte Horrorszenarien in diesem Sinne konnten aber wohl nun schon abgewendet werden“, so Neumayer. „Dies dürfte unter den gegebenen Rahmenbedingungen das beste noch zu erzielende Ergebnis sein“, so auch der Präsident von Oesterreichs Energie, Wolfgang Anzengruber. Die von den Regulatoren vorgestellte Einigung zur technischen Umsetzung der von Deutschland einseitig ausgerufenen Trennung der gemeinsamen Preiszone sei

geeignet, gravierende Einschränkungen für grenzüberschreitenden Stromgroßhandel möglichst gering zu halten. Jedenfalls ende damit ein jahrelanger unerfreulicher Diskurs. „Wir begrüßen, dass der Kelch der Trennung der Marktgebiete an der österreichischen Wirtschaft vorübergeht“, so Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl. Ein vorausgesagter Kostensprung für österreichische Stromkunden von zehn bis 15 Prozent habe verhindert werden können. „Mit dem Verhandlungsergebnis wird die Steigerung deutlich geringer ausfallen, die Chancen sind gut, dass ein merkbarer Effekt überhaupt ausbleibt“, so Stephan Schwarzer, Leiter der WKÖ-Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik. „Mit einer Kapazität von vorerst 4.900 MWh fällt das Engpassmanagement mit unserem Nachbarn positiver aus als befürchtet – und der Flaschenhals soll in den kommenden Jahren wieder auf 7.000 MWh erweitert werden“, zeigt sich Industriespartenobmann Sigi Menz vorsichtig erleichtert. „Das heißt zum einen, dass der grenzüberschreitende Stromhandel nicht zum Erliegen kommen wird und wir weiterhin – etwas gebremst – in Richtung europäische Marktintegration gehen können. Andererseits aber wird der Großhandelspreis für Strom sich um etliche Prozentpunkte erhöhen. Das tut einem energieintensiven Industriestandort wie Österreich natürlich immer weh.“

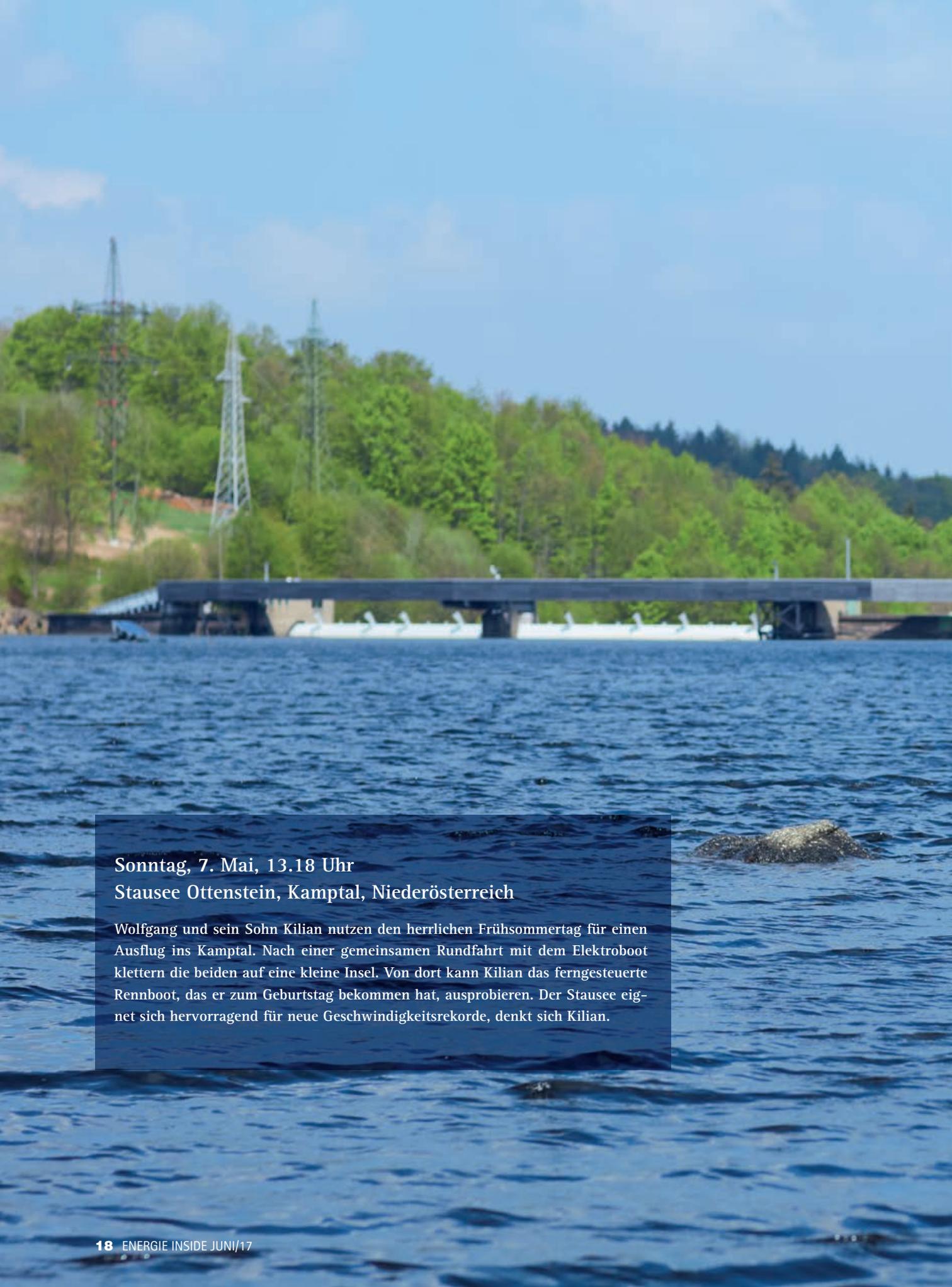
## Energiebörse mit Austro-Produkten und Kritik an der Preiszone

Nach der Einigung zwischen den österreichischen und deutschen Regulierungsbehörden zur Beschränkung des Stromhandels führte die Leipziger Energiebörse (EEX) eigene Stromfutures für Österreich ein und kritisiert die Trennungspläne. Gestartet werden die neuen Produkte am 26. Juni 2017. Sie umfassen Grund- und Spitzenlastkontrakte mit einer monatlichen, vierteljährlichen und jährlichen Fälligkeit. Die EEX folge damit der Nachfrage von Marktteilnehmern nach einem zusätzlichen Produkt, das es ermögliche, sich auch gegen Preisänderungen im österreichischen Markt abzusichern. Ausgebaut werde zudem die bereits bestehende Phelix-DE-Produktpalette, wobei unter anderem am 26. Juni zusätzliche kurzfristige Fälligkeiten (Tages- und Wochenfutures) für Grund- und Spitzenlastlieferungen eingebaut werden. „Die neuen Produkte resultieren aus der geplanten Aufteilung der bestehenden deutsch-österreichischen Preiszone, einer Initiative, die aus unserer Sicht weiterhin ein Schritt in die falsche Richtung ist.“ Nichtsdestotrotz sei es zum jetzigen Zeitpunkt wichtig, „den Marktteilnehmern Lösungen im Hinblick auf die Preiszonenspaltung zu bieten“, erklärt EEX-Chef Peter Reitz. Bereits am 25. April 2017 startete die EEX den Handel mit ausschließlich deutschen Stromfutures (Phelix-DE-Futures). ■



Stefan Kapferer, Vorsitzender der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft, beim EAA-Energie Talk in Wien



A wide-angle photograph of a dam on a river. The dam is a long, low structure with several spillways. In the background, there is a lush green forested hillside with several tall, thin towers or masts. The sky is blue with some light clouds. The water in the foreground is dark blue with ripples.

## Sonntag, 7. Mai, 13.18 Uhr Stausee Ottenstein, Kamptal, Niederösterreich

Wolfgang und sein Sohn Kilian nutzen den herrlichen Frühsommertag für einen Ausflug ins Kamptal. Nach einer gemeinsamen Rundfahrt mit dem Elektroboot klettern die beiden auf eine kleine Insel. Von dort kann Kilian das ferngesteuerte Rennboot, das er zum Geburtstag bekommen hat, ausprobieren. Der Stausee eignet sich hervorragend für neue Geschwindigkeitsrekorde, denkt sich Kilian.

*Saubere Energie aus*  
**Österreich**



## Fördersystem ad finitum?



Das Festschreiben der Förderung kostet die Verbraucher jährlich Milliarden. Damit soll Schluss sein. Die Reform des Ökostromgesetzes verspricht statt Dauerförderungen eine marktkonforme, kosteneffiziente und wettbewerbsfähige Lösung. Ob sich die Regierung vor den Wahlen einigt, ist offen.

### **Gut Ding braucht Weile. Das trifft besonders auf die Novellen des Ökostromgesetzes zu.**

Die angekündigten Reformen kommen später als geplant – oder doch nicht? Der Ministerrat gab zwar schon Ende Februar grünes Licht für die kleine Ökostromnovelle, aber zwischen den Parteien im Parlament kam es bis zum Redaktionsschluss zu keiner Einigung. Das Gesetz erfordert im Plenum des Nationalrats eine Zweidrittelmehrheit. Die Gesetzwerdung wird aufgrund von Verhandlungsdifferenzen bis auf Weiteres aufgehalten (siehe Kasten). Geht es nach dem Regierungsprogramm, sollte Ende Juni eine konkretisierte Klima- und Energiestrategie für Österreich als Weißbuch auf dem Tisch liegen. Das Papier soll die Basis für die große Ökostromnovelle sein, die nach dem ursprünglichen Plan spätestens im Dezember ebenfalls im Ministerrat behandelt werden soll. Das Ergebnis sollte Österreichs neue und langfristig ausgerichtete Energie- und Klimapolitik für die kommenden 13 Jahre sein. Ob die Strategie auch wirklich in Form eines Weißbuchs kommt, ist noch offen. Am Ende könnte es ein Papier geben, das die konkreten Ausgestaltungen des Stromsektors, eine Intensivierung des Anteils erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch und konkrete Vorstellungen zur Entwicklung im Verkehrssektor zum Inhalt haben wird. Mag. Wolfgang Schneider, von der Abteilung Presse, Öffentlichkeitsarbeit im Wirtschaftsministerium: „Die Energie- und Klimastrategie wird keine detaillierten Maßnahmen auf Punkt und Beistrich beinhalten, sondern die Grundlage für die konkrete Ausarbeitung von Maßnahmen – mit Zeitplänen für weitere Arbeiten.“

### **Integrierte Energie- und Klimastrategie von morgen**

Fundament der großen Novelle ist die integrierte Energie- und Klimastrategie. Diese wiederum orientiert sich an den EU-Klimazielen 2030 und den Zielen der Pariser Klimakonferenz 2015. Österreich machte mit der Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens die Ziele verbindlich. Zur Erinnerung: Auf internationaler Ebene hatten sich auf der Klimakonferenz in Paris im Dezember 2015 erstmals 195 Staaten darauf geeinigt, die globale Erwärmung langfristig auf zwei Grad oder weniger zu begrenzen. Dazu sollen die globalen Netto-Treibhausgasemissionen in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts auf null reduziert werden. Der österreichische Strategieprozess läuft seit Frühling vergangenen Jahres. Wirtschafts-, Umwelt-, Sozial- und Verkehrsministerium starteten einen Konsultationsprozess als Diskussionsgrundlage für die Erstellung einer integrierten Energie- und Klimastrategie: Das Grünbuch, das gemeinsam vom Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) und der consentec Gmbh verfasst wurde, war das Ergebnis. Es hat die bestehende Situation in Bezug auf CO<sub>2</sub>-Emissionen, Energieverbrauch und Energieaufbringung in Österreich analysiert und vergleicht existierende Szenarien für eine zukünftige Entwicklung. Dabei wurden die wichtigsten Sektoren betrachtet und relevante Fragestellungen aufgeworfen. Das darin festgelegte Zielquartett der Energie- und Klimapolitik umfasst neben den Dimensionen der Nachhaltigkeit auch Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Leistbarkeit.

## Klimaziele fast erreicht

Österreich hatte die gegenüber der Europäischen Union verpflichtenden Energie- und Klimaziele bereits 2015 nahezu erreicht. Der Anteil heimischer erneuerbarer Energien am Stromverbrauch liegt bei mehr als 70 Prozent und ist damit höher als in allen anderen Staaten der EU. Ziel der zukünftigen Energie- und Klimastrategie ist es, von Energieimporten unabhängiger zu werden, die Energieeffizienz zu steigern und den Ausbau der Erneuerbaren in Österreich zu forcieren. Diese drei Punkte sind im Grünbuch verankert und sollten die Rahmenbedingungen für das Weißbuch bilden.

## Reform soll Wende bringen

Zum Status quo. Den sieht Peter Koren, Vize-Generalsekretär der Industriellenvereinigung (IV), kritisch:



“  
Die gegenwärtigen  
Einspeisetarifsystematiken sind  
weder kosteneffizient noch bieten  
sie Anreize. Zudem sind sie nicht  
innovationsfreundlich.  
”

Peter Koren, Vize-Generalsekretär der Industriellenvereinigung (IV)

Er schätzt, dass durch die „lebensverlängernden“ Maßnahmen des geltenden Fördersystems Mehrkosten von rund zwei Milliarden Euro auf die Verbrauchsgruppen zukommen. „Das Einspeisetarifsystem darf nicht zu einem Fördersystem ad infinitum werden“, warnt Koren. Er lehnt daher die Fortführung des Einspeisetarifsystems in der derzeitigen Form kategorisch ab. Stattdessen pocht Koren auf einen raschen Beschluss der großen Ökostromnovelle. „Die im Arbeitsprogramm der Bundesregierung für eine große Novelle angekündigte Überleitung der Ökostromförderung in ein marktkonformes und wettbewerbsorientiertes System entspricht grundsätzlich den Vorschlägen der Industriellenvereinigung: Wir haben uns für einen Paradigmenwechsel auf Basis der europäischen Energie- und Umweltbeihilfeleitlinien ausgesprochen“, sagt Koren. Auch die Arbeiterkammer pocht auf die baldige Umsetzung der großen Ökostromnovelle. Die darin verankerte Transformation des gegenwärtigen Einspeisetarifsystems sei dringend erforderlich. Dabei müsse der Fokus auf rohstoffunabhängige, zukunftsfähige Technologien gelegt werden. „Die Umsetzung hat so zu erfolgen, dass damit auch gesamtwirtschaftliche Ziele wie Vollbeschäftigung, Wertschöpfung und Innovation unterstützt werden“, sagt AK-Energie-Experte Josef Thoman. Seine konkrete Forderung: Deckelung der Förderkosten sowie deren faire Verteilung auf alle Energieverbraucher. „Das ist zentrale Grundvoraussetzung für das Gelingen des Transformationsprozesses. Das gilt nicht nur im Bereich der Ökostromförderung, sondern in der gesamten Klima- und Energiepolitik“, sagt Thoman.

## Fixpunkte der Reform

2016 erhielten Ökostromproduzenten Förderungen für Ökostrom in Höhe von rund 1,3 Milliarden Euro – Mittel, für die Verbraucher in Form des Ökostrombeitrags aufkommen. Die Verbraucher ächzen unter den hohen Kosten, die ihnen das derzeitige Tarifsysteem auferlegt. Unmut kommt auch seitens der Ökostromhersteller, die sich von einer großen Reform Antworten auf die Energie- und Klimafragen in Österreich versprechen. Laut dem Regierungsprogramm für 2017/18 geht es bei der großen Novelle um die „komplette Neugestaltung und Implementierung eines neuen Fördermechanismus. Die derzeitige Tarifförderung soll auf ein marktkonformes, kosteneffizientes und wettbewerbsfähiges Fördersystem umgestellt“ werden.

## Was so gut wie fix ist:

- Dauerförderungen sollen der Vergangenheit angehören.
- Statt der aktuellen Einspeisetarife sollen künftig transparente Ausschreibungen für neue Ökostromkraftwerke eingeführt werden.
- Nur noch besonders effiziente Ökostromanlagen sollen in den Genuss von Investitionszuschüssen und einmaligen Marktprämien kommen. Kosteneffizienz und Wettbewerbsfähigkeit werden in Zukunft wesentliche Kriterien für jede Förderung sein.
- Zukünftig sollen Kosten für die Ökostromförderung gedeckelt werden. Bis jetzt ist die Obergrenze noch völlig offen.
- Mehrkosten für die Ökostromförderung sollen durch höhere Produktionsmengen kompensiert werden. Dadurch soll es langfristig zu keiner höheren Nettobelastung für Wirtschaft und Haushalte kommen. ■

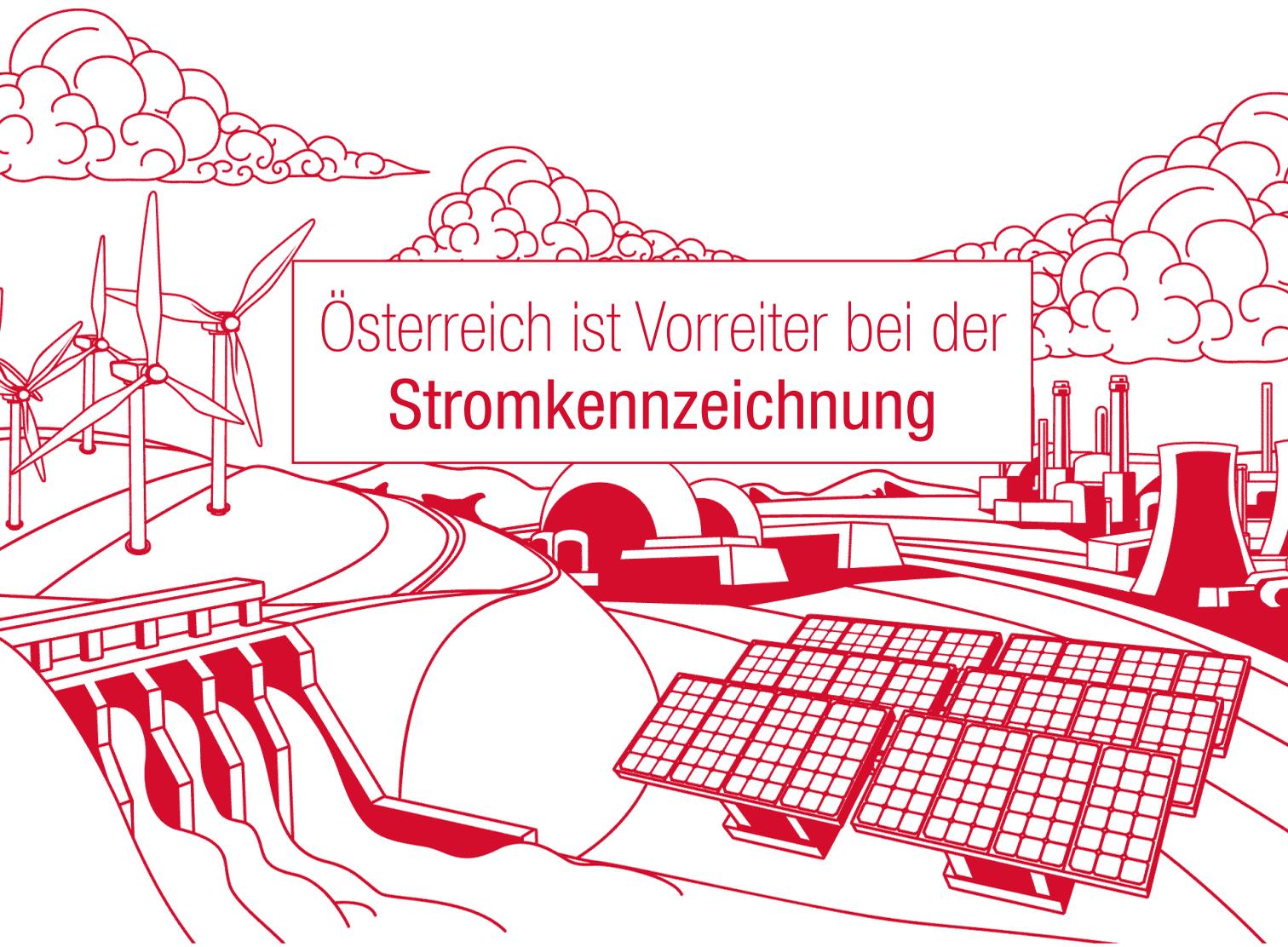
**Kleine Ökostromnovelle im Überblick:** Nach drei Jahren zäher Verhandlungen wurde die kleine Ökostromnovelle bis zum Redaktionsschluss noch nicht beschlossen.

**Kleinwasserkraft:** Die Fördermittel für Kleinwasserkraftwerke in Österreich werden von 1,5 Millionen auf 2,5 Millionen Euro aufgestockt. Die zusätzliche Million wird aus dem „Resttopf“ aus Windkraft und Photovoltaik genommen.

**Windkraft:** Keinen frischen Wind bringt die kleine Novelle für die Windkraftbetreiber. Die Verfallsfrist für bereits genehmigte Anlagen wird auf vier Jahre verlängert. Rund 260 Windkraftanlagen warten auf ihre Genehmigung zum Baustart.

**Photovoltaik:** Durch eine Änderung des Elektrizitätswirtschafts- und Organisationsgesetzes (Elwog) können nun auch Bewohner von Mehrfamilienhäusern den auf dem Dach selbst erzeugten Strom nützen. Bisher musste der Strom zuerst in ein öffentliches Netz eingespeist und dann teurer zurückgekauft werden.

**Biogas:** Hocheffizienten Biogasanlagen werden neue, siebenjährige Nachfolgetarife in Aussicht gestellt. Für wirtschaftlich unrentable und technologisch veraltete Anlagen stellt das überarbeitete Ökostromgesetz eine letztmalige Unterstützung in Form einer einmaligen Abwrackprämie in Aussicht.



## Österreich ist Vorreiter bei der Stromkennzeichnung

Österreich hat eines der fortschrittlichsten Systeme zur Stromkennzeichnung in Europa. Seit dem 1. Jänner 2015 besteht hierzulande ein generelles Verbot von Strom unbekannter Herkunft. Damit wird für jede Kilowattstunde, die in Österreich verkauft wird, die exakte Herkunft festgelegt.

Bei der Stromkennzeichnung ist Österreich europäischer Vorreiter. Bereits seit 2001 müssen österreichische Lieferanten die Stromquellen in ihrem Versorgermix mitteilen. In Anlehnung an eine EU-Richtlinie von 2009 wurden die Vorgaben nochmal deutlich verschärft. Als eines der ersten Länder verpflichtete sich Österreich in der Stromkennzeichnungsverordnung 2012 freiwillig zur Nutzung der transparenten und missbrauchssicheren Herkunftsnachweise. Mit dem Übergang in dieses System wurde eine deutliche und verständliche Kennzeichnung der Energieanteile im Versorgermix auf Rechnungen, Werbe- und Informationsmaterial der Versorger forciert. Seit 2015 muss der gesamte Strom, auch aus fossilen Energien, mit Herkunftsnachweisen gekennzeichnet werden. Dr. Harald Proidl, Leiter der Abteilung Ökoenergie und Energieeffizienz bei der E-Control, lobt diese Vorreiterrolle:



**Dr. Harald Proidl**, Leiter der Abteilung Ökoenergie und Energieeffizienz bei der E-Control

„Österreich hat eines der fortschrittlichsten und stringentsten Systeme zur Stromkennzeichnung in Europa. Dazu zählt vor allem die vollständige Kennzeichnung für alle Kundengruppen.“

Die verpflichtende Kennzeichnung stellt für Verbraucher eine wesentliche Entscheidungshilfe im nunmehr vollständig liberalisierten Markt dar. Denn der Kunde erhält klare Informationen zu den

Ursprungsquellen des Stroms. Das ist auch deshalb wichtig, weil Stromkunden bei Tarifen mittlerweile eine große Auswahl haben. Gleichzeitig nimmt in Mitteleuropa, insbesondere in Deutschland und Österreich, die Nachfrage nach grünem Strom zu. In diesen Märkten hat das Umweltbewusstsein einen besonders hohen Stellenwert, so ist Österreich etwa seit 2014 frei von Atomstrom.

Christian Wojta, Geschäftsführer der EAA zeigt sich darüber erfreut: „Der Bedarf an erneuerbarer Energie kann mit der österreichischen Produktion derzeit nicht befriedigt werden. Daher ist der europaweite Handel mit Herkunftsnachweisen eine wichtige Unterstützung, um der Nachfrage der Konsumenten nach erneuerbarer Energie in Österreich gerecht zu werden. Mit Herkunftsnachweisen beispielsweise aus Norwegen kann der Kunde sicher sein, dass die gekaufte Strommenge aus regenerativer Energie hergestellt wurde.“ Laut E-Control stammen rund 65 Prozent der Herkunftsnachweise im Jahr 2016 aus Österreich, 35 Prozent aus dem Ausland, vor allem aus Norwegen.

### Regeln bei Herkunftsnachweisen

Für die Herkunftsnachweise gelten die strengen Regeln und Kontrollen der EU. Um eindeutig den Ursprung und die Qualität des Stroms nachzuweisen, muss ein Herkunftsnachweis folgendes beinhalten:

- Die Menge der ins öffentliche Netz eingespeisten Energie
- Angaben zur Energiequelle, aus der die Energie erzeugt wurde
- Beginn und Ende der Erzeugung
- Angaben, ob der Herkunftsnachweis Elektrizität oder Wärme und/oder Kälte betrifft
- Bezeichnung, Standort, Typ und Kapazität der Anlage, in der die Energie erzeugt wurde
- Inbetriebnahme-Datum der Anlage
- Art und Umfang von Förderungen
- Ausstellungsdatum, ausstellendes Land und eindeutige Identifikationsnummer

In Österreich werden nur Herkunftsnachweise anerkannt, die diesen Anforderungen genügen. Somit ist sichergestellt, dass jedes Zertifikat nur einmal für eine bestimmte Menge Strom verwendet wird und den Kunden jene Transparenz geboten wird, um selbst über die Herkunft ihres Stroms entscheiden zu können. Der Vorteil des differenzierten Marktmodells: Die steigende Nachfrage von Konsumenten nach „grünem Strom“ vor allem in Mitteleuropa führt indirekt über den verstärkten Kauf von Qualitäts- beziehungsweise Herkunftsnachweisen zu einem zusätzlichen Fluss an Investitionsmitteln und ermöglicht einen forcierten Ausbau von Erzeugungskapazitäten für erneuerbare Energie.

### Herkunftsnachweise schaffen Sicherheit

Laut Stromkennzeichnung stammen in Österreich rund 87 Prozent aus erneuerbaren Quellen. Verbraucherschützer kritisieren in diesem Zusammenhang, dass der tatsächliche Wert geringer sei, weil Strom und Herkunftsnachweise getrennt

gehandelt werden können. Bei Herkunftsnachweisen handelt es sich nicht um die Energie, die gerade im Stromnetz ist. Dr. Harald Proidl von der E-Control kennt die Argumentation: „Prinzipiell ist die Stromkennzeichnung nicht mit dem gelieferten Strom an die Endkunden gleichzusetzen. Das liegt allerdings in der Natur der Sache, da eine physikalische Differenzierung des Stroms in den Übertragungs- und Verteilnetzen nicht möglich ist. Den Naturgesetzen folgend, kann nicht festgestellt werden, ob im eigenen Haushalt gerade Elektrizität aus Wasser-, Windkraft oder Kohleenergie verbraucht wird. Die Herkunftsnachweise helfen aber deutlich, die Transparenz zu erhöhen. Denn sie geben sehr genau an, wo der Strom erzeugt wurde. „Der Handel mit Herkunftsnachweisen für Strom aus erneuerbaren Energiequellen bietet eine intelligente und sichere Lösung“, sagt Wojta, „er schafft Produktsicherheit beim Kunden und Anreize für Investitionen in die Erzeugung erneuerbarer Energien.“ ■



# ÖSTERREICHS STROM- AUTOBAHNEN IM GRIFF

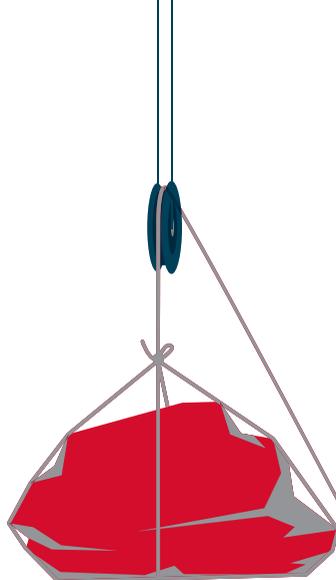
Montag, 8. Mai, 15.01 Uhr

APG-Steuerzentrale Power Grid Control, 1100 Wien

Vater Wolfgang und Sohn Kilian treffen in Wien-Südost die Experten der Austrian Power Grid (APG) zu einer Spezialführung. Die riesigen Bildschirme der Steuerzentrale faszinieren Kilian und erinnern ihn ein bisschen an „Star Wars“. Von hier aus werden Österreichs Stromautobahnen überwacht und gesteuert. Auf jeden Fall müssen die beiden in der roten Kernzone der Steuerzentrale mucksmäuschenstill sein.



MON 08. MAI 15:01:23



# FIRMENPLEITEN MIT ANSAGE!

## MARKTENTWICKLUNG ZUM NACHTEIL DER KUNDEN?



Konkurrenz belebt das Geschäft. Doch fragwürdige Geschäftspraktiken und ruinöser Wettbewerb bringen neue Energieanbieter immer öfter in wirtschaftliche Schwierigkeiten – fast immer zum Nachteil der Kunden. Allein in Deutschland warten nach Firmenpleiten neuer Energieanbieter bis heute mehr als eine Million ehemaliger Kunden auf ihre Entschädigung. Ein Umstand, an den sich nun auch Konsumenten in Österreich gewöhnen müssen? – Ein Vergleich der Marktentwicklungen in Deutschland und Österreich.

Care Energy. Der 2009 gegründete Energieanbieter mit Sitz in Hamburg hat mit billigem Strom und Kampfpreisen in Deutschland rund 200.000 Kunden gewonnen. Seit 2015 ist Care Energy auch in Österreich aktiv. Bis heuer im Frühjahr hatte das Unternehmen rund 13.000 österreichische Kunden überzeugt – und war weiter auf Expansionskurs und das mit zum Teil fragwürdigen Methoden. Mit dem Tod des Unternehmensgründers geriet zunächst die Muttergesellschaft in Deutschland ins Trudeln, meldete schließlich am 17. Februar Insolvenz an und riss das Tochterunternehmen in Wien mit.

## **Zur Vorgeschichte**

Das Geschäftsmodell des Diskonters bestand aus einer Holding- und einer Vertriebsgesellschaft und bot nach eigenen Angaben „Energiedienstleistungen“ an. Die Kunden schließen mit dem Energiedienstleister einen Energiedienstleistungsvertrag ab. Darin wird eine weitere Gesellschaft, der Netzbetreiber, mit dem Betrieb des Hausnetzes der Kunden sowie der Beschaffung und Lieferung von Ökostrom beauftragt. Damit stand – auf dem Papier – zwischen den Stromkunden und dem Energiedienstleister der „Netzbetreiber“. Nach Ansicht von Care Energy handelte es sich bei dem Geschäftsmodell nicht um Energieversorgung im klassischen Sinne, weshalb sich das Unternehmen weigerte, in Deutschland die EEG-Umlage (Erneuerbare-Energien-Gesetz) zu entrichten. Aufgrund der niedrigen Verkaufspreise für Strom und Gas hätte die Firmengruppe nach Einschätzung von Branchenkennern „ständig Verluste schreiben müssen“. Der Verdacht lag nahe, dass sich das Unternehmen Geld an anderer Stelle holte. Als sich die Befürchtungen bestätigten, klagten mehrere deutsche Konsumentenschützer und bekamen Recht. Care Energy wurde wegen Scheingeschäften und anderer fragwürdiger Praktiken verurteilt.

## **Erster Insolvenzfall in Österreich**

Care Energy ist der erste Insolvenzfall eines Energieversorgers seit Beginn der Liberalisierung und trifft rund 13.000 Kunden in Österreich. Die Folgen für die Konsumenten erläutert DI Andreas Eigenbauer, Vorstand der E-Control, gegenüber EAA-Energie Inside: Das österreichische Marktmodell sei so konzipiert, dass auch im Insolvenzfall „nichts passieren kann. Kein Kunde muss sich fürchten, plötzlich im Dunkeln zu sitzen, wenn der eigene Lieferant insolvent werden sollte. Die betroffenen Kunden werden von der Regulierungsbehörde per Los einem neuen Anbieter zugewiesen oder sie wählen sich selbst einen neuen Versorger.“ Sandra Siedl von der Arbeiterkammer meint dazu: „Noch ist nicht klar, wer die Ersatzversorgung übernimmt. Erst per Los wird dem Kunden ein Ersatzlieferant zugeteilt. Dieser muss zu seinen Standardtarifen beliefern und über die Belieferung informieren. Aber bereits jetzt können die Kunden zu einem neuen Lieferanten wechseln.“ „Ich glaube, dass eine Daseinsvorsorge nicht auf irgendeiner Losentscheidung fußen soll, sondern dass es hier um die Sicherheit der Kundinnen und Kunden geht“, kritisierte Markus Wieser, Präsident der Arbeiterkammer Niederösterreich, in einer Stellungnahme Mitte Februar. Im Vergleich zu Deutschland ist das österreichische Gesetz nach Expertenansicht bürokratisch und sehr aufwendig. Allerdings gibt es bis jetzt noch keine Erfahrungen zum Losverfahren in der

Praxis. Das liegt daran, dass das Insolvenzverfahren über Care Energy bis zum Redaktionsschluss noch nicht eröffnet worden war. Fest steht: Verbraucher sollten sich während eines Insolvenzverfahrens ihres Energieversorgers regelmäßig informieren. Experten empfehlen, die Rechnung laufend und genau zu prüfen sowie den Zählerstand regelmäßig abzulesen – vor allem ab der Mitteilung des Netzbetreibers über den Beginn der Ersatzversorgung. Ab diesem Zeitpunkt müssen Kunden mit höheren Preisen rechnen. Und mit Anrufen von anderen Energieanbietern, die verunsicherten Kunden gerne ihre Schnäppchen wie etwa Gratismonate und Neukundenboni anbieten.

## **Wechselraten kein Beweis für Wettbewerb**

2016 war das Jahr mit den bisher meisten Anbieterwechseln in Österreich. Rund 286.000 Kunden vom Boden- bis zum Neusiedlersee tauschten ihren Strom- oder Gaslieferanten, was einem Plus von 44 Prozent im Vergleich zu 2015 entspricht. Damit waren die Wechselraten sowohl am Strom- als auch Gasmarkt ähnlich hoch wie in Deutschland. „Mit Jahreswechselraten von 3,6 Prozent bei Strom und fünf Prozent bei Gas wurden 2016 neue Rekordwerte erreicht“, sagt Dr. Wolfgang Urbantschitsch, Vorstand der E-Control, im Gespräch mit EAA-Energie Inside, und begründet dies so: „Weil es eine größere Auswahl an Produkten gibt und weil viele Lieferanten ihre Preise gesenkt haben. Es ist erfreulich, wenn die Konsumenten aktiv am Markt teilhaben.“ Hauptargument für einen Wechsel sind nach Angaben durch von der E-Control befragter Kunden „die Preise“: Durch einen Anbieterwechsel könnten sich laut E-Control Haushaltskunden zwischen 100 und 200 Euro pro Jahr sparen. Wie die Beispiele von Care Energy und anderen Firmenpleiten von Energieanbietern zeigen, ist der Anbieterwechsel nicht immer zum Vorteil der Kunden, sondern lediglich eine statistische Größe, die nichts über Versorgungs- und Ausfallsicherheit oder über die Zufriedenheit von Kunden verrät. Denn auch die Insolvenz eines Anbieters führt zum Anbieterwechsel – gleichzeitig aber auch zu verunsicherten und frustrierten Kunden. Daher warnen Marktbeobachter regelmäßig davor, die Qualität des Wettbewerbs ausschließlich über die Wechselraten zu definieren: „Die Wechselquote zeigt nur einen Ausschnitt der Wettbewerbsintensität.“

## **Abwärtsspirale des ruinösen Wettbewerbs**

In Deutschland etwa resultierten die hohen Wechselraten von jährlich sechs bis acht Prozent in den Jahren 2010 bis 2013 zu mehr als der Hälfte aus einem ruinösen Wettbewerb. Nach einer Phase der Marktconsolidierung hat sich die Wechselrate seit 2014 nun bei maximal drei bis fünf Prozent jährlich eingependelt. Viele neue Energieanbieter drängen seit der Liberalisierung mit preisgünstigen Tarifen und attraktiven Konditionen auf den Markt. Was für den Kunden ein Vorteil zu sein scheint, entwickelt sich bald zum Problem für Anbieter und Verbraucher. Das irrationale Marktverhalten vieler neuer Anbieter ist durch Preisverfall und Lockangebote wie Gratismonate oder Neukundenboni gekennzeichnet. Neue Marktteilnehmer geraten dadurch oft unter Zugzwang, den Strompreis so niedrig anzusetzen, dass sie damit nicht mehr in der Lage sind, ihre eigenen Beschaffungskosten zu decken. Verluste im Zuge einer aggressiven Neukundenakquisition im ersten Vertragsjahr sollen durch Preiserhöhungen >



im zweiten Jahr und in den Folgejahren ausgeglichen werden. Dabei werden Endkundenpreise derart erhöht, dass Kunden bei nächstbestener Gelegenheit wieder wechseln. Billiganbieter tun sich also schwer, im Wechselkarussell des Energiemarkts in Deutschland einen nachhaltigen Kundenstamm aufzubauen, und geraten immer öfter in wirtschaftliche Turbulenzen. Ähnliches steht nun offenbar auch in Österreich bevor.

### **Rechtswidrige Praktiken**

Care Energy ist nach Teldafax und Flexstrom der dritte deutsche Energieanbieter, der binnen weniger Jahre Insolvenz anmelden musste. Die bisher größte Pleite eines Strom- und Gasanbieters in der deutschen Geschichte war vor vier Jahren Flexstrom mit 835.000 geschädigten Kunden. An zweiter Stelle liegt Teldafax: Nach der Insolvenz 2011 meldeten sich rund 750.000 geschädigte Konsumenten. Bis heute warten mehr als eine Million ehemaliger Kunden auf Entschädigung.

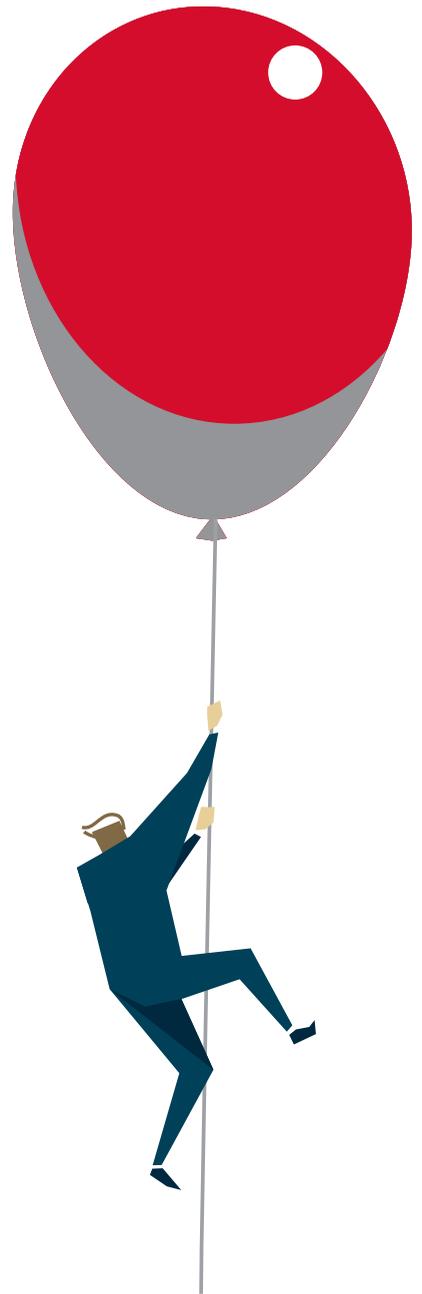
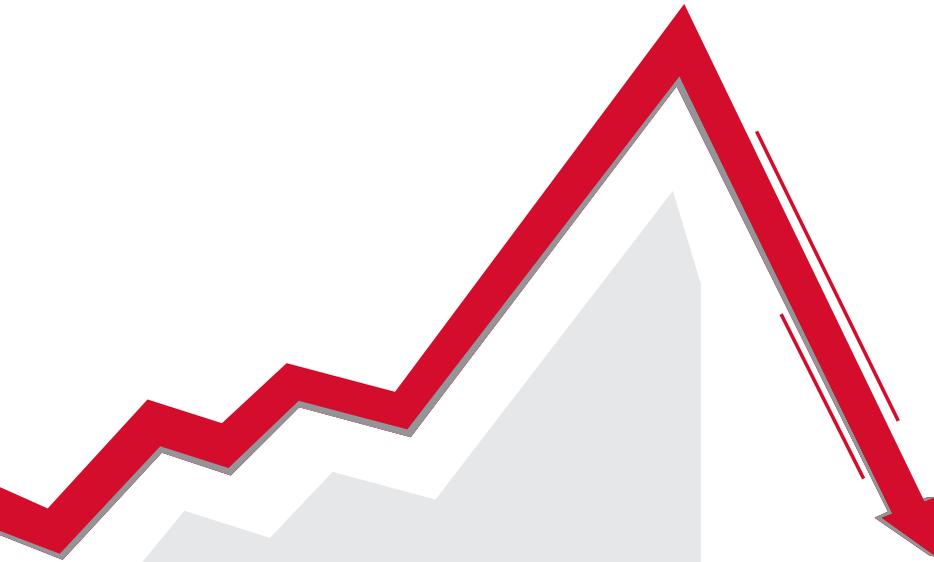
### **Gemeinsamkeiten fragwürdiger Anbieter**

Wenn Energieanbieter ihre gesetzlichen Pflichten verletzen und keine korrekte und nachvollziehbare Schlussrechnung ausstellen, dürfen Konsumenten die Zahlung einer unrichtigen Schlussrechnung verweigern. Dafür müssen sie aber viel Zeit und Mühe in die gründliche Überprüfung ihrer Rechnung investieren. Haben Verbraucher zu viel bezahlt, stünde eine Rückzahlung an. Es bleibt aber unklar, ob Konsumenten ihr Geld im Falle einer Insolvenz je wiedersehen. Sie können ihre Forderungen lediglich gerichtlich anmelden. Wie die bisherigen Fälle zeigen, bleiben hunderttausende Geschädigte zurück. In Deutschland sollen jetzt auf jeden Fall einmal die Kunden im Mittelpunkt stehen. Denn um den Konsumenten in Deutschland vor fragwürdigen Anbietern zu schützen, möchte die Verbraucherzentrale des Bundesverbandes im Auftrag der deutschen Bundesregierung noch dieses Jahr einen sogenannten „Marktwächter Energie“ einführen. Der Marktwächter soll als eine Art Frühwarnsystem fungieren.

Die Idee dahinter: Die in den Verbraucherzentralen eingehenden Beschwerden werden systematisch erfasst und ausgewertet. Problematische Entwicklungen können so schnell identifiziert und an Politik, Öffentlichkeit und Aufsichtsbehörden weitergegeben werden. Laut Mitarbeitern der Energieabteilung im Wirtschaftsministerium ist ein derartiges Modell für den österreichischen Markt nicht geplant – noch nicht.

### **Geschäftsmodell wird Insolvenzfall**

In Deutschland wurde die Betreuung von Care Energy zunächst von einem Insolvenzverwalter übernommen. Der Strom wird weiter geliefert. Ein Sonderkündigungsrecht für die Kunden gibt es nicht: Verträge können nur innerhalb der vereinbarten Fristen gekündigt werden – bei Care Energy ist das in der Regel ein Monat. Erst wenn der Insolvenzverwalter entscheidet, dass der Geschäftsbetrieb eingestellt werden muss, kann kein Strom mehr geliefert werden. Kunden werden dann über den örtlichen Grundversorger automatisch und lückenlos weiterversorgt. Ab diesem Zeitpunkt sollten die Kunden des insolventen Lieferanten Daueraufträge und bestehende Einzugsermächtigungen aufheben, ihr Vertragsverhältnis mit diesem fristlos kündigen und auch den Zählerstand dokumentieren. Im Regelfall gibt der Insolvenzverwalter eine neue Bankverbindung an, an die alle zukünftigen Zahlungen zu leisten sind. Aus Kundensicht stellt sich die Frage, ob sich der Mehraufwand für den Versorgerwechsel nach Insolvenz und den damit verbundenen Unsicherheiten und Unannehmlichkeiten am Ende wirklich lohnt. Das deutsche Nachrichtenmagazin Der Spiegel beantwortete diese Frage Mitte Jänner in einem Artikel mit der Headline „Erst anlocken, dann abzocken“. Eine Betroffene brachte es im deutschen Magazin Focus auf den Punkt: „Wehrt euch! Leute, lasst euch nicht so einfach betrügen.“ Anders gesagt: Der Anbieterwechsel sollte in jedem Fall gründlich überlegt sein. ■



## Die größten Insolvenzen im deutschsprachigen Raum:

### Flexstrom

Größte Pleite in der deutschen Geschichte  
Gründung 2003; Hauptsitz in Berlin  
Insolvenzanmeldung am 12. April 2013  
Rund 835.000 betroffene Kunden  
Geschätzter Schaden: 569 Millionen Euro  
Das Verfahren läuft noch.  
Gläubiger bekommen ihr Geld frühestens 2019.

### Teldafax

Zweitgrößte Pleite eines deutschen Versorgers  
Gründung 2003; Hauptsitz in Troisdorf bei Bonn  
Insolvenzanmeldung am 14. Juni 2011  
Rund 750.000 betroffene Konsumenten  
Geschätzter Schaden: 500 Millionen Euro  
Das Verfahren wurde im Februar 2017 abgeschlossen.  
Rückzahlungen an Gläubiger stehen noch aus.

### Care Energy

Gründung 2011; Hauptsitz in Hamburg  
Insolvenzanmeldung am 17. Februar 2017  
in Deutschland und Österreich  
Rund 27.500 betroffene Kunden  
Geschätzter Schaden: bisher unbekannt  
Das Insolvenzverfahren wurde noch nicht eröffnet.

# UNSER KUNDE RAG: GASSPEICHER MIT STROMHUNGER



*Zu den Kernkompetenzen der RAG gehört das Suchen, Fördern und Speichern von Erdöl und Erdgas.*

Als viertgrößter Speicherbetreiber Europas gehört die Rohöl-Aufsuchungs AG seit Jahresbeginn zu den bedeutendsten Kunden der EAA. Das Unternehmen wird heuer rund 160 Gigawattstunden Strom beziehen.

## **Gasversorger brauchen Strom. Und zwar richtig viel Strom.**

Das hängt laut Mag. Dr. Michael Längle, Vorstandsdirektor der Rohöl-Aufsuchungs AG (RAG), mit der intensiven Nutzung der Speicheranlagen der RAG zusammen. „Das Nachfrageprofil passt beim Gas nicht mit dem Produktionsprofil zusammen. Deshalb wird“, wie er sagt, zwischen Lieferung/Produktion und Verbrauch insbesondere zum saisonalen Ausgleich „ein Speicher benötigt“. Ab dem Ende der Heizperiode, wenn die Energieversorger damit beginnen, Gas für den kommenden Herbst und Winter einzulagern, wird bei der RAG auch entsprechend viel Strom verbraucht. Dabei wird Gas, das über Pipelines von Erdgasfeldern angeliefert wird, mit meist elektrisch betriebenen Kompressoren oder sogenannten Verdichtern unter hohem Druck in unterirdische, geologische Gasspeicher gepumpt. Während der Heizperiode saugen diese Anlagen das Gas dann heraus, wenn es aufgrund der kalten Witterung wieder benötigt wird. „Wir haben praktisch eine ständige Gasverfügbarkeit für unsere Kunden sicherzustellen“, sagt Längle im Gespräch mit der

EAA-Energie Inside: „Das gelingt uns unter anderem deshalb, weil uns die EAA rund um die Uhr, sieben Tage pro Woche mit Strom beliefert. Damit können wir große Gasmengen innerhalb unserer Anlagen bewegen und sind mit unseren Speicherkapazitäten jederzeit einsatzbereit.“ Um ihre Kunden ausfallsicher mit Gas versorgen zu können, benötigt die RAG jährlich rund 160 Gigawattstunden Strom. Dabei profitiert die RAG vom Know-how und der professionellen Betreuung der EAA. „Auch deren Flexibilität schätzen wir sehr, denn unsere Fahrpläne und Einsatzzeiten können sich rund um die Uhr, auch am Wochenende, kurzfristig ändern. In diesem Fall müssen nicht nur wir, sondern auch unser Stromlieferant rasch reagieren und sich den neuen Anforderungen anpassen“, sagt Längle.

## **An Europas Spitze**

In den vergangenen 15 Jahren hat die RAG stark ausgebaut. In die sechs Gasspeicher der RAG passen aktuell etwa drei Viertel des jährlichen österreichischen Gasbedarfs. In Summe sind das rund sechs Milliarden Kubikmeter Gas. Damit gehört das Unternehmen

Foto: RAG/Steve Halder

mittlerweile zu den großen Playern auf dem europäischen Markt. Hinter Italien, Frankreich und Deutschland belegt Österreich europaweit den vierten Platz, wenn es um die Größe der Speicheranlagen geht. Wie Längle sagt, „gehören die Anlagen der RAG dabei zu den modernsten und bestperformenden in ganz Europa“.

### „Ohne Gas hätte es auch einen Stromengpass gegeben“

Gerade im vergangenen Winterhalbjahr habe sich laut Längle gezeigt, „wie wichtig Gas und die funktionierende Infrastruktur sind“. Aufgrund der niedrigen Temperaturen und des damit verbundenen höheren Heizbedarfs habe das Unternehmen einen enorm hohen Beitrag zur Versorgungssicherheit geleistet. In diesem Winter war außerdem gut erkennbar, wie eng die Gas- und Stromwirtschaft miteinander verflochten sind: „Es wäre im Jänner und Februar definitiv ein Versorgungsengpass auf der Stromseite eingetreten, wenn es die Infrastruktur der RAG nicht gegeben hätte“, schildert der RAG-Vorstand. Die Gaskraftwerke sind im vergangenen Winter mit voller Leistung gefahren, um den anfallenden Strombedarf entsprechend abzudecken. Während der oft windstillen und trüben Wintertage konnten erneuerbare Energien wie Wind und Sonne und die Wasserkraft nicht jenen Beitrag erbringen, der aufgrund ihrer Leistung in den vergangenen Jahren prognostiziert worden war. In diesen kritischen Situationen konnten die Gaskraftwerke, die eben auch kurzfristig einsatzbereit sind, die Bedarfserfordernisse gesichert abdecken.



Mag. Dr. Michael Längle, Vorstandsdirektor der Rohöl-Aufsuchungs AG (RAG)

### Versorgungssicherheit – rund um die Uhr

Auf die Anforderungen des Gasmarktes muss die RAG rund um die Uhr reagieren, daher muss auch die Stromversorgung jederzeit sichergestellt sein. Denn beim sogenannten Einspeichern und Ausspeichern von Erdgas müssen in kurzer Zeit große Strommengen abgerufen werden können. Gerade in der Übergangszeit stehen kurzfristige Ein- und Ausspeisungen und damit hohe Leistungsschwankungen auf der Tagesordnung. Die beiden EAA-Geschäftsführer Jörg Sollfeller und Christian Wojta dazu: „Die EAA kann diese speziellen Anforderungen der RAG bestens erfüllen, weil wir sowohl einen 24-Stunden-Dienst als auch die



Intraday-Renominierung anbieten können.“ Längle zeigt sich über die Zusammenarbeit mit der EAA sehr zufrieden: „Die Herausforderungen des kalten Winters haben gezeigt, dass wir mit der EAA die richtige Wahl getroffen haben. Damit wird die RAG als größter Erdgasspeicherbetreiber Österreichs von einem kompetenten Partner nicht nur mit viel Engagement und zu günstigen Preisen, sondern auch verlässlich mit Energie versorgt.“

### Neue Technologien mit Potenzial

Im Zuge des weiteren Ausbaus von Solar- und Windenergie werden neue Technologien für Energiespeicher von Bedeutung sein. In diesem Zusammenhang sieht Längle vor allem auch synthetisches Erdgas, das aus überschüssigem Wind- oder Sonnenstrom mittels Power-to-Gas-Technologie aus Wasserstoff erzeugt wird, als Teil des zukünftigen möglichen Geschäfts der RAG in einer CO<sub>2</sub>-neutralen Welt. In diesem Zusammenhang erforscht das Unternehmen im Rahmen des Projekts „Underground Sun Storage“ das Verhalten von Wasserstoff in einer Erdgaslagerstätte. „Dabei hat sich gezeigt, dass der Wasserstoff in dem mikrobiologischen Prozess von Urbakterien, die in der Lagerstätte vorhanden sind, in erneuerbares Methan umgewandelt wurde“, schildert Längle. Dieses und andere große Projekte realisiert die RAG in Zusammenarbeit mit Joint-Venture-Partnern. Das Gute daran: Für erneuerbares Gas kann die bestehende Gas-Infrastruktur künftig auch ohne Einschränkungen genutzt werden. ■

### Über die RAG

Die Rohöl-Aufsuchungs AG (RAG) wurde 1935 gegründet und ist das traditionsreichste österreichische Explorations-, Produktions- und Gasspeicherunternehmen. Der Hauptsitz des Unternehmens befindet sich in Wien. Die RAG verfügt über drei weitere Betriebsstandorte in Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg sowie in den angrenzenden Nachbarländern Deutschland und Ungarn. Insgesamt beschäftigt das Unternehmen rund 400 Mitarbeiter. Mit der Suche, Förderung und Speicherung von Erdöl und Erdgas leistet die RAG seit mehr als 80 Jahren einen nachhaltigen Beitrag zur Energieversorgung Österreichs.



# DAS SPIEL

## mit der **Versorgungssicherheit**

Immer mehr Gasanbieter in Österreich kommen aus Deutschland. Sie lagern offenbar in Österreich kaum oder kein Gas ein, dafür aber etwa in deutschen Speichern. Gerade das kann in Extremsituationen zum Problem werden.

Gaskunden in Österreich können aktuell unter bis zu 71 Angeboten von rund 30 unterschiedlichen Gasanbietern wählen. Darunter sind auch einige Anbieter mit deutschen Muttergesellschaften wie etwa Montana oder goldgas, die nach eigenen Angaben um die 40.000 Kunden in Österreich haben. Auf Anfrage von EAA-Energie Inside, wie diese beiden Gasanbieter die Versorgungssicherheit für österreichische Kunden bei Versorgungsengpässen gewährleisten können, kam bis zum Redaktionsschluss keine Reaktion.

### **Alternative Gasanbieter: Trittbrettfahrer bei Gasversorgung?**

In Österreich werden Gasanbieter jedes Jahr auf Herz und Nieren überprüft: Auf Basis der SoS-Verordnung müssen sämtliche österreichische Gaslieferanten nachweisen, auch in Extremsituationen ihre Lieferverpflichtung einhalten zu können. Es gibt also klare Spielregeln, die der Gasknappeit vorbeugen sollen. In der Regel liefern die Marktteilnehmer den Nachweis der gesicherten Kundenversorgung durch Verträge mit Speicherbetreibern sowie durch Beschaffungs- und Transportverträge. Das Einspeichern von Gas ist kostspielig. Daher versuchen kleinere Anbieter ihre Gasversorgung durch Vorlieferanten abzusichern und lagern kein eigenes Gas oder nur überschaubare Mengen ein – den Löwenanteil davon zum Beispiel in Deutschland. Oder sie decken sich je nach Marktsituation mit Gas von Produzenten, Großhändlern und an der Börse ein. Die großen Anbieter wie Wien Energie, EVN oder Energie Burgenland gehen auf Nummer sicher und speichern die erforderlichen Mengen für ihre Kunden vorausschauend ein.

### **Was aber geschieht bei extremem Wetter oder Versorgungsengpässen?**

Anbieter, die ihr Gas in Deutschland gelagert haben, dürfen ihr in Deutschland gelagertes Gas im Ernstfall nicht mehr exportieren. So legt das die deutsche Notfallverordnung fest. Der Export auch nur eines einzigen Kubikmeters Gas wäre unzulässig: Der österreichische Kunde könnte im Ernstfall nicht mehr mit Gas

eines deutschen Anbieters beliefert werden. In diesem Fall müssen die lokalen Gasanbieter einspringen. Daher müssen Österreichs Gasversorger dementsprechende Notfallbedürfnisse der Kunden von Mitbewerbern mitkalkulieren. „Das ist eine Wettbewerbsverzerrung“, ärgern sich österreichische Energieversorger, die die Versorgung aller Kunden ernst nehmen. Sie sehen manche alternative Gasanbieter „als Trittbrettfahrer der Versorgungssicherheit“.

### **Österreichs Gasbranche gut gerüstet**

„Hinsichtlich der Versorgungssicherheit ist aus Erhebungen abzuleiten, dass ausreichend Mengen für eine sichere Versorgung der österreichischen Endkunden vorhanden sind“, sagt Mag. Bernhard Painz, Leiter der Abteilung Gas bei E-Control. 1,35 Millionen Haushaltskunden in Österreich heizen laut der Behörde mit Erdgas. Damit die Erdgashändler und -versorger eine zuverlässige Gasversorgung in Österreich gewährleisten können, muss die Speicher- und Netzinfrastruktur das ermöglichen. Zudem müssen die Rahmenbedingungen des Marktmodells so gestaltet sein, dass die Entwicklung von liquiden Großhandelsmärkten gestärkt wird. Auf europäischer und nationaler Ebene werden jährlich Pläne erstellt, mit welchen der entsprechende Investitionsbedarf identifiziert wird.



**Peter Gönitzer**  
Geschäftsführer der Wien Energie

*„Wir reservieren Erdgasmengen mit vorausschauender Planung und verfügen seit Jahrzehnten über einen zuverlässigen Partner bei der Gasspeicherung. Die Versorgung der Kunden ist so, auch bei eventuellen Lieferausfällen, über einen längeren Zeitraum sichergestellt.“*



*„Die Erfüllung des Infrastrukturstandards zeigt, dass die Netze in Österreich sehr gut ausgebaut sind. Auch zu Spitzenlastzeiten beziehungsweise bei einem allfälligen Ausfall einer Quelle ist die Versorgung sichergestellt.“*

**Mag. Bernhard Painz**  
Leiter der Abteilung Gas bei E-Control

„Dies wird insbesondere durch die hohe Verfügbarkeit von Speicherkapazität erreicht. Darüber hinaus ist auch die Entwicklung des österreichischen Handelsplatzes durchaus positiv“, sagt Painz. Der 2014 von der Europäischen Kommission durchgeführte Stress-test hat gezeigt, dass die Gasbranche in Österreich auch im Falle von Anlieferschwierigkeiten sehr gut aufgestellt ist.

### **SoS-Verordnung: Ausufernde Bürokratie?**

Für den Fall einer Gaskrise hat die EU-Kommission in der SoS-Verordnung bestimmte Regionen festgelegt. Österreich ist gleich in drei von vier Risikogruppen vertreten: in den Gruppen „Eastern“, „North African“ und „South-East“. ENTSO-G, der Verband der europäischen Fernleitungsnetzbetreiber, führt für jede dieser Gruppen Simulationen durch. Dabei spielen die Dauer von Versorgungsunterbrechungen sowie das Ausmaß des Gasverbrauchs eine Rolle, um mögliche Auswirkungen vorhersehen zu können. Die Ergebnisse dieser Simulationen fließen in Präventions- und Notfallpläne ein.

Aufgrund der vielen Mitgliedstaaten sieht Painz „einen immensen zeitlichen Aufwand bei der Erstellung und Abstimmung“. Seiner Meinung nach wäre es zielführender, wenn die Pläne nur mit den direkt angrenzenden Mitgliedstaaten abgestimmt werden müssten.

### **Versorgungssicherheit: Regionale Zusammenarbeit**

Aufgrund der SoS-Verordnung müssen Erdgasunternehmen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission Vertragsabschlüsse und -änderungen melden, die für die Versorgungssicherheit relevant sind. „Grundsätzlich ist es gut und richtig, den zuständigen Behörden einen Einblick in relevante Verträge zu ermöglichen, um ein gewisses Maß an Marktverständnis zu schaffen und um Potenziale in Engpasssituationen beurteilen zu können“, sagt Painz, „allerdings empfinden wir die Informationsübermittlungspflicht an die zuständigen Behörden und an die EU-Kommission als überschießend.“ An der Gasversorgung Europas sind allerdings nicht nur Mitgliedstaaten beteiligt, da auf dem Weg von der Produktionsstätte bis an die Grenzen der EU das Gas auch durch Drittstaaten fließt. Diese Drittstaaten haben daher einerseits wesentlichen Einfluss auf die Gasversorgung der EU, andererseits sind sie nicht direkt von der EU-Gesetzgebung betroffen. Die Mehrzahl der betroffenen Drittstaaten ist jedoch bereits der „Energy Community“ beigetreten, wie beispielsweise die Ukraine. Der neue Entwurf der SoS-Verordnung verweist mehrfach auf diese „Energy Community Contracting Parties“ und bezieht diese mit ein. Dabei wird insbesondere auf mögliche Kooperationen hinsichtlich der Erstellung der Risikoanalysen abgezielt, um eine zuverlässige Versorgung mit Gas in der EU zu gewährleisten. ■

### **SoS-Verordnung: Neue Verordnung zur Gasversorgungssicherheit**

Die österreichische SoS-Verordnung der Europäischen Union (EU) hat es zum Ziel, Gaskrisen zu verhindern. Sie ist vor dem Hintergrund der zeitweise beschränkten Anliefersituation von Erdgas aus Russland entstanden. Auf Basis der SoS-Verordnung muss sich jeder Mitgliedstaat der EU und jede zuständige Behörde intensiv mit dem Thema Versorgungssicherheit im Gasbereich auseinandersetzen.

#### **Das inkludiert:**

- Durchführen entsprechender Risikoanalysen
- Berechnen des Infrastrukturstandards
- Überprüfen von Versorgungsstandards
- Erstellen von Präventions- und Notfallplänen
- Festlegen von marktbasierter und nichtmarktbasierter Maßnahmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit
- Etablieren von vorgesehenen Krisenstufen inklusive entsprechender Kommunikationsmechanismen
- Erheben erforderlicher Daten zur Beobachtung und Beurteilung der Versorgungssituation

Im Falle einer Versorgungskrise wird ein auf drei Ebenen beruhender Ansatz verfolgt: Zuerst müssen die betreffenden Erdgasunternehmen und die Wirtschaftsbranchen einspringen, dann die Mitgliedstaaten auf nationaler oder regionaler Ebene und schließlich die EU. Das bedeutet, dass zuerst marktbasierter Maßnahmen, wie beispielsweise ein Aufruf zur Angebotslegung für Ausgleichsenergie, ergriffen werden müssen. In erster Linie soll versucht werden, die Versorgung der Kunden vollständig aufrechtzuerhalten. Mit der laufenden Neufassung der SoS-Verordnung sollte die Abstimmung der zu ergreifenden Maßnahmen sowie der Informationsfluss zwischen den Mitgliedstaaten weiter verbessert werden, um die Versorgungssicherheit auch auf regionaler Ebene zu erhöhen.

# EAA-VERANSTALTUNGEN

## EAA-Energie Talk: Quo vadis Energie-Union?

Am 11. Mai fand der EAA-Energie Talk zum Thema „Quo vadis Energie-Union?“ im Wiener Museumsquartier statt. Die Vorschläge der EU-Kommission zur Energiezukunft Österreichs und der EU haben zu intensiven Diskussionen geführt. Vor allem die Idee von Preiszonen im Energiehandel und die Rolle der Behörde ACER sorgten bisher für Diskussionsstoff in Österreich. Stichwort: deutsch-österreichische Strompreiszone. Dr. Florian Ermacora von der Generaldirektion für Energie der EU-Kommission, Stefan Kapferer, Vorsitzender der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), sowie Dr. Jochen Penker, Abteilungsleiter für europäische und internationale Energiepolitik im Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, diskutierten über Vorteile, Herausforderungen und Auswirkungen des EU-Winterpakets.



v.l.n.r. J. Sollfelner, EAA, S. Kapferer, BDEW, F. Ermacora, EU-Kommission, J. Penker, BMWFW, und C. Wojta, EAA

## Wings for Life World Run: EAA schafft 160 Kilometer

Am 7. Mai gingen 155.288 Teilnehmer weltweit und zeitgleich beim Wings for Life World Run an den Start, um Spenden zur Heilung von Querschnittslähmung zu sammeln. Die Erlöse aus den Startgeldern fließen zu 100 Prozent in Projekte zur Rückenmarksforschung. Globaler Sieger des diesjährigen Wings for Life World Run wurde der Schwede Aron Anderson. Von der Hüfte abwärts gelähmt, holte er den Sieg in Dubai in einem „Alltags-Rollstuhl“. Das Catcher-Car fuhr am Ende des Rennens bereits 35 Kilometer pro Stunde, bevor es den Rollstuhlfahrer bei Kilometer 92,1 einholen konnte. In Wien nahmen dieses Jahr 11.612 Menschen teil. Darunter waren auch elf hochmotivierte Mitarbeiter der EAA. Bei wechselhaften Wetterbedingungen konnte das EAA-Team seine Laufdistanz im Vergleich zum Vorjahr steigern: Gemeinsam legten die EAA-Läufer knapp 160 Kilometer zurück. Damit belegten sie weltweit Platz 581. Gratulation an das erfolgreiche Laufteam der EAA.



Das topmotivierte und erfolgreiche EAA-Laufteam



## EAA auf der Kommunalmesse in Salzburg

Die EAA ist am 29. und 30. Juni 2017 auf der Kommunalmesse in Salzburg vertreten. Kunden aus dem Bereich der öffentlichen Verwaltung können sich am EAA-Messestand über zukunftsweisende und ökologische Energielösungen informieren. Als Marktführer begleitet die EAA drei Landeshauptstädte, fünf Statutarstädte, 88 Stadtgemeinden sowie 656 Gemeinden durch die Herausforderungen der Energiewende. Das Unternehmen versorgt mehr als 100 weitere Liegenschaften der öffentlichen Verwaltung mit Strom und Erdgas. Besuchen Sie uns auf der Messe in Halle 10.



v.l.n.r. Matthias Kisslinger, Jörg Sollfelner, Christoph Schmidt (alle EAA)

## EAA auf der E-world in Essen

Mit neuem Besucherrekord hat die E-world in Essen von 7. bis 9. Februar ihre Bedeutung als Europas Leitmesse der Energiewirtschaft bestätigt. Themenschwerpunkte waren Handel, Transport und Speicherung bis hin zu Effizienz und Smart Energy. Die forcierte Marktbearbeitung und steigendes Kundeninteresse in Deutschland sicherten der E-world 2017 einen Fixplatz im EAA-Terminkalender. Bei Beratungsgesprächen mit Kunden, Interessenten und potenziellen Kooperations- sowie Vertriebspartnern wurden Geschäftskontakte geknüpft.



Kommunalmesse 2016 in Klagenfurt

# ZIELE IM STRATEGIEPROZESS DER EU-KOMMISSION



## **KONSUMENTEN IN SMARTEN STÄDTEN**

80% der Haushalte managen bis 2025 ihren Energieverbrauch selbstständig mit Smart Meter



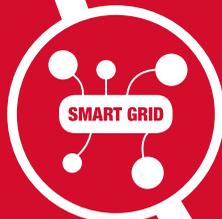
## **ENERGIEEFFIZIENZ BEI GEBÄUDEN**

Mehr als 60% Energieeinsparung bei Gebäuden bis 2025



## **NR.1 BEI DEN ERNEUERBAREN**

Die Produktionskosten der Offshore-Windkraft betragen 2030 weniger als 70 €/ MWh



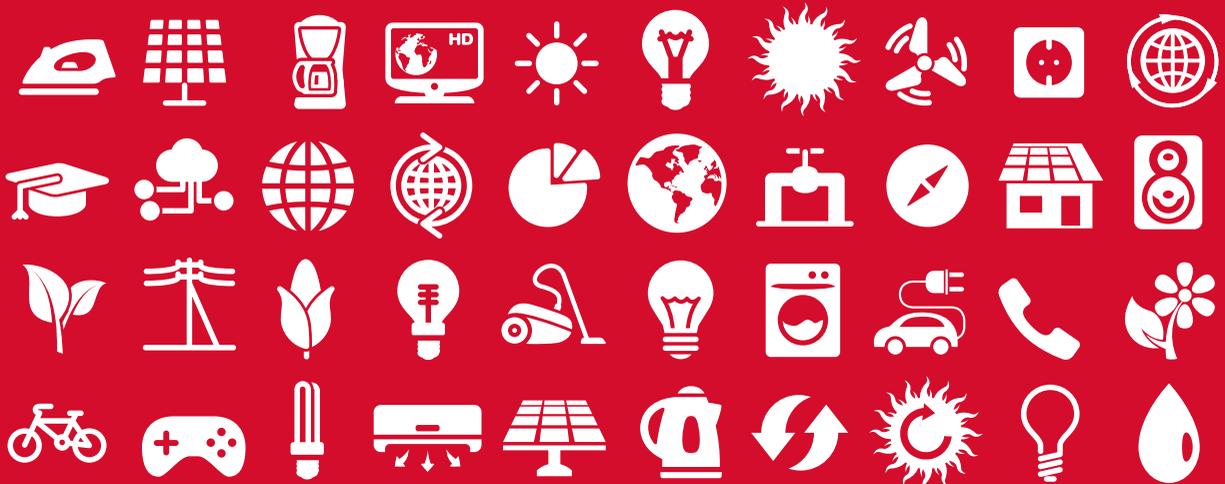
## **FLEXIBLE ENERGIESYSTEME**

25% weniger Bedarf an Spitzenstrom bis 2030



## **ERNEUERBARE MOBILITÄT**

70% weniger Kosten für Lithium Batterien bis 2030



# ENERGIE FÜR'S LEBEN



**Energie prägt  
unsere Lebensweise**

Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, die Entwicklung für eine lebenswerte Energiezukunft federführend mitzugestalten – vom täglichen Bedarf im Haushalt bis zur effizienten und klimafreundlichen Nutzung in Wirtschaft und Industrie.

